

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Vom sechsten deutschen Arbeitsnachweis-Kongress Arbeiterbewegung. P. Knudsen. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. — Einheitsströmungen in den englischen Gewerkschaften. — Von den amerikanischen Gewerkschaften	693	Kongresse. Der 26. kanadische Gewerkschaftskongress	703
		Anderer Organisationen. Die polnische Gewerkschaftsvereinigung	705
	697	Mitteilungen. Mitteilung der Generalkommission über Quartalsbeiträge und Unterstützungsgeelder	708

Vom sechsten deutschen Arbeitsnachweis-Kongress.

In Breslau fand vom 27.—29. Oktober der sechste Kongress des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise statt. Der Verband steht auf dem Boden der öffentlichen paritätischen Arbeitsvermittlung und ist bestrebt, die einseitigen Arbeitsnachweise sowie die private Stellenvermittlung auszuschalten. Nach dem Geschäftsbericht des Verbandes für 1908/09 bestanden Ende 1909 im Deutschen Reich 462 öffentliche Arbeitsnachweise, wovon 273 auf Preußen, 66 auf Bayern, 28 auf Sachsen, 16 auf Württemberg, 16 auf Baden, 26 auf Hessen, 1 auf Mecklenburg-Schwerin, 2 auf Sachsen-Weimar, 1 auf Mecklenburg-Strelitz, 2 auf Oldenburg, 3 auf Braunschweig, 2 auf Sachsen-Koburg-Gotha, 1 auf Anhalt, je 1 auf beide Schwarzburg, 3 auf Waldeck, 1 auf Lippe, 1 auf Lübeck, 2 auf Hamburg und 16 auf Elsaß-Lothringen kommen. Es sind teils kommunale, teils mit kommunalen Mitteln unterstützte Arbeitsnachweise, sowie auch solche von Landwirtschaftskammern (13). 178 davon gehörten dem Verbandsgebiet deutscher Arbeitsnachweise an. Die letzteren vermittelten 1908/1909 insgesamt 860 991 Arbeitsstellen (gegen 932 956 im Jahre 1907/1908), während die dem Verbandsgebiet nicht angehörenden nachweise 1908/1909: 53 070 Stellen vermittelten. Die Zahl der vermittelten landwirtschaftlichen Arbeiter wird auf 41 848 angegeben. Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung ist noch in den Anfängen begriffen. Auch der Dienstboten- und der Lehrstellenvermittlung wird steigende Aufmerksamkeit zugewendet. Im Verbandsgebiet bestehen 12 Unterverbände, weitere 6 sind in Vorbereitung begriffen. Diese Verbände sind besonders für den interlokalen Verkehr wertvoll, den sie teilweise durch Herausgabe von Vakanzlisten unterstützen.

Die Verwaltungskosten der Arbeitsnachweise betrugen 1908/1909 insgesamt 943 411 Mk., von denen 262 635 Mk. durch Subventionen gedeckt wurden. Arbeitslosenzählungen wurden in 39 Städten veranstaltet, Notstandsarbeiten dagegen in 52 Städten zugewiesen. Eine steigende Bedeutung mißt der Jahresbericht für den Arbeitsnachweis der Frage

der Arbeitslosenversicherung bei, da ohne guten Arbeitsnachweis die Kontrolle der Arbeitslosen sich schwierig gestaltet. Meist erfolge die Auszahlung der Unterstützung derart, daß den Gewerkschaftskassen ein Teil ihrer Ausgaben für Arbeitslosenversicherung zurückerstattet wird. In Stuttgart, wo die Auszahlung der gewerkschaftlichen Reiseunterstützung auf dem städtischen Arbeitsnachweise erfolgte, ist dieselbe durch Gemeindebeschluss im Oktober 1909 eingestellt worden, weil die christlichen Gewerkschaften darob scharfe Angriffe auf die Unparteilichkeit des Nachweises gerichtet hatten. Eine Förderung erfahre der öffentliche Arbeitsnachweis durch die Bedingungshefte bei Vergabe gemeindlicher Arbeiten, die von den Arbeitgebern verlangen, in erster Linie den städtischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Von besonderem Interesse ist die Angliederung von Facharbeitsnachweisen an den öffentlichen Arbeitsnachweis, besonders von solchen im Gastwirtsgewerbe. Zurzeit sind 12 solcher Facharbeitsnachweise angegliedert, die eine ersprießliche Tätigkeit entwickelten. Von weiteren 6 Facharbeitsnachweisen im Gastwirtsgewerbe liegen keine Angaben vor.

Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung wird als ein noch immer gefährlicher Konkurrent der öffentlichen Arbeitsnachweise geschildert. Allein in München hatte die private Stellenvermittlung 1908 39 707 Stellengesuche, 26 853 Stellenangebote und 15 792 besetzte Stellen aufzuweisen. Die Gebühren schwanken zwischen 8 bis 30 Mk., im Gastwirtsgewerbe bis zu 100 Mk. für männliches und 3 bis 15 Mk. für weibliches Personal. Auch die Herbergen und Naturalversorgungsleistungen treten häufig als Arbeitsvermittler auf, ohne der fortschreitenden Technik der modernen Nachweise sich anzupassen. Insgesamt wird der Umfang ihrer Arbeitsvermittlung auf 139 088 Stellen im Berichtsjahre angegeben.

Der Kongress befaßte sich an erster Stelle mit den einseitigen Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wozu neben drei schriftlichen Referaten im „Arbeitsmarkt“ zwei mündliche Referate von Dr. Kessler-Berlin und

keinen Zweifel über ihre Stellung gelassen, sie sind nach wie vor warme Befürworter der bisherigen Tarifpolitik, wie das auch bei dem Buchdruckerverbände der Fall ist. In beiden Lagern sind naturgemäß Unzufriedene vorhanden, die glauben, ohne Tarif weiter zu kommen. Das Tarifamt scheint diesen Bestrebungen eine gewisse Bedeutung nicht absprechen zu können, denn es warnt beide Parteien, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Die tariflose Zeit 1892 bis 1896 habe zuletzt gezeigt, wie wenig beide Teile ohne den Tarif auf ihre Rechnung kommen. Die tariflosen Jahre haben dem Buchdruckgewerbe „in jeder Beziehung den Stempel größten Tiefstandes aufgedrückt“, heißt es im Bericht, der vielmehr die tarifliche Ordnung als unentbehrlich bezeichnet, „wenn das Gewerbe zum mindesten auf seiner jetzigen Höhe gehalten werden soll“. Nicht mit Unrecht wird auf die Fortentwicklung der Tarifverträge in allen anderen Erwerbszweigen verwiesen, die die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestätigt.

Auch im Buchdruckgewerbe selbst ist die Zahl der tariftreuen Prinzipale und Gehilfen von Jahr zu Jahr gestiegen. Im letzten Geschäftsjahre sind 360 Firmen und 2275 Gehilfen in 68 Orten der Tarifgemeinschaft neu beigetreten, während 53 Firmen und 4 Gehilfen ausgeschlossen wurden. Die Entwicklung der Tarifgemeinschaft seit 1897 zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der tariftreuen		In Orten
	Firmen	Gehilfen	
1897	1631	18 340	469
1898	2030	22 468	647
1899	2704	27 449	880
1900	3115	30 630	1002
1901	3372	34 307	1030
1902	3464	36 527	1043
1903	4250	39 464	1315
1904	4559	41 483	1382
1905	5134	45 868	1552
1906	5583	49 497	1659
1907	6254	54 553	1803
1908	6611	57 211	1942
1909	6971	59 352	2007
1910	7391	61 627	2093

Ueber die Rechtsprechung der Tariforgane liefert der Bericht wieder interessante Aufschlüsse. Von den 65 Schiedsgerichten wurden 55 zur Rechtsprechung in 588 Fällen angerufen. Die Zahl der Klagen ist seit dem Vorjahre um 23,4 Proz. zurückgegangen. Ueber das Ergebnis der Klagen vor den Schiedsgerichten unterrichtet folgende Tabelle:

	Eingung in Fällen	Die Kläger				Summe der Klagen
		erhielten		wurden		
		recht	unrecht	abgewiesen	am Gewerbegericht verwiesen	
Prinzipalklagen	6	54	15	11	1	87
Gehilfenklagen	48	226	139	76	12	501

Demnach befanden sich die Gehilfen mit ihren Klagen in 45,1 Proz. der Fälle im Recht, in 27,7 Proz. im Unrecht. In 9,6 Proz. kam es zur Einigung, 15,2 Proz. wurden abgewiesen und 2,4 Proz. an die Gewerbegerichte verwiesen. Die Prinzipale erhielten Recht in 62,2 Proz. ihrer Klagen, Unrecht in 17,2

Prozent, 6,9 Proz. führten zur Einigung, 12,6 Proz. wurden abgewiesen und 1,1 Proz. an die Gewerbegerichte verwiesen.

Das Tarifamt hatte als Berufungsinstanz in 52 Gehilfenklagen und 8 Prinzipalklagen zu entscheiden. Den Berufungen der Prinzipale wurde sämtlich stattgegeben, die Gehilfen erhielten in 15 Fällen recht, in 31 Fällen unrecht, in einigen Fällen kam es in der Berufungsinstanz zur Einigung und eine Klage wurde an das Gewerbegericht verwiesen.

Die Arbeitsnachweise vermittelten im Geschäftsjahre 13 835 Stellen für Seher, 3771 für Drucker, 173 für Maschinenmeister, 61 für Korrektoren, 456 für Schweizerdegen und 311 Stellen für Stereotypen. Seit dem Bestehen der tariflichen Arbeitsnachweise (1901) wurden durch diese insgesamt 116 346 Gehilfen vermittelt.

Zweifellos sind die Ergebnisse auch des letzten Jahres der tariflichen Tätigkeit im Buchdruckgewerbe recht ersprießliche.

Gewerbegerichtliches.

Die erste Frucht des englischen Lohnamtesgesetzes.

Im März dieses Jahres kam die erste Lohnamtsentscheidung zustande, und zwar handelte es sich um die Hand-Eisenkettenmacherinnen von Cradley Heath. Man hat diesen Beruf mit Recht den klassischen sweated trade (Schwitzberuf) genannt. Kraft des neuen Gesetzes müssen von der ersten Entscheidung an bis zum Inkrafttreten eines Lohnminimums sechs Monate vergehen; während dieser Zeit können die Unternehmer beim Arbeitsamt gegen die Inkraftsetzung der neuen Lohnbestimmungen Beschwerde einreichen. Gelingt es in dieser Periode irgendeinem Unternehmer, seine Arbeiterinnen zu bewegen, ein Schriftstück zu unterzeichnen, wonach diese sich verpflichten, zu den alten Löhnen weiterarbeiten zu wollen, so kann es passieren, daß das Gesetz für weitere sechs Monate außer Kraft gesetzt wird. Ein solcher Zustand ist in Cradley Heath eingetreten, wo dieser Tage die Entscheidung des März volle Gesetzeskraft erhielt. Als den Kettenmacherinnen das Unglückliche ihres Zustandes zum Bewußtsein kam, brach eine wahre Revolte aus. Die Arbeiterinnen erklärten einstimmig, daß ihnen die Unterschriften abgezwungen wurden, ja, die meisten der unglücklichen Geschöpfe wollen gar nicht gewußt haben, um was es sich handelte, als sie ihre Unterschrift hergaben und weigern sich, zu den alten Lohnbedingungen weiterzuarbeiten. Die Unternehmerorganisation der Cradley Heath Handkettenmacherinnen hat die Aussperrung ihrer Arbeiterinnen angeordnet. Wie es heißt, kommen etwa 500 Kettenmacherinnen in Betracht. Die Organisationsleiter der Womens' Trade Union League (Frauen-Gewerkschafts-Liga) befinden sich seit einigen Tagen an Ort und Stelle. Am 26. August erließ die Liga in der Presse einen Appell, worin das Publikum aufgefordert wird, die unglücklichen Arbeiterinnen finanziell zu unterstützen.

Die Lage der Kettenmacherinnen ist eine tieftraurige; bis jetzt müssen sich diese unglücklichen Geschöpfe mit einem Wochenverdienst von 4 bis 10 Schillingen zufrieden geben. Das Lohnamt hat eine 90 bis 120prozentuale Lohnerhöhung festgesetzt, und zwar soll der Stundenlohn 2½ Pence (20 Pf.) betragen.

B. W.

tadellose Kontrolle. In den ersten 8 Monaten sind 95 000 Arbeiter durch den Nachweis eingestellt. Ein Ueberangebot an offenen Stellen sei stets vorhanden. Dagegen habe der Nachweis sein Ziel, die Verminderung von Kontraktbrüchen, nicht erreicht; es seien jetzt schon 7800 unberechtigte Austritte und 6000 unberechtigte Neueintritte zu verzeichnen. Eine Verminderung sei nicht eingetreten und auch durch die gegenwärtigen Strafen nicht zu erreichen. Für die Arbeiter bedeute der Nachweis keinen Fortschritt. Klagen über die Handhabung desselben seien bis jetzt weder bei den Verbänden, noch in der Presse hervorgetreten; die Handhabung sei eine loyale. Auch Medner habe den gleichen Eindruck empfunden. Gleichwohl liege in dieser Einrichtung eine ständige Gefahr für den Frieden, denn sie gebe Anlaß zu Verdacht und üblen Befürchtungen. Die Versuchung, den Nachweis später zu anderen Zwecken zu benutzen, liege für die Arbeitgeber zu nahe. Die Arbeiterverbände wünschten daher eine Beteiligung an der Beschwerdeinstanz, um die Handhabung des Nachweises nachprüfen zu können. Der Medner schätzte die Gefahr der einseitigen Arbeitgebernachweise weit ernster ein, als der erste Referent. Diese Nachweise würden in den nächsten Jahren sicher an Ausbreitung zunehmen. Eine einheitliche Organisation und Handhabung aller Arbeitsnachweise sei notwendig und deshalb sei die Beseitigung der einseitigen Nachweise zu fordern. Das sei freilich gegenwärtig durch Gesetz nicht zu erreichen. Indes fördern die Arbeitgebernachweise eine Zentralisation, die den öffentlichen Nachweisen vorzuziehen sei, daß auch den öffentlichen Nachweisen noch mancherlei Mängel anhaften, sowohl hinsichtlich der Organisation als der Handhabung. Auch hinsichtlich der Neutralität wünschte der Medner einige Änderungen. Er stimmte dem ersten Referenten darin zu, daß den Arbeitgebern Mitteilungen zu machen sei, ob ein übermittelter Arbeiter an einem Streik beteiligt ist. Das hiesse unparteiisch nach beiden Seiten hin. Weiterhin müsse sich der öffentliche Nachweis auch des Handwerks annehmen, wofür sich besonders die Lehrstellenvermittlung eigne. Medner schloß mit der Betonung des paritätischen Prinzips der öffentlichen Nachweise.

In der Debatte erklärte Goldschmidt-Berlin (S.-D. Gewerksvereine), daß die loyale Handhabung des Zechennachweises zweifellos auf die öffentliche Kritik zurückzuführen sei. Auch die öffentlichen Nachweise hätten ihre Mängel. Sie dürften weder der Bürokratie ausgeliefert noch zur Unterdrückung schwächerer Arbeiterorganisationen mißbraucht werden. Dr. Fleckner (Generalsekretär der Eisenindustriellen Stettins) verteidigte in langen Ausführungen die Arbeitgebernachweise als notwendige Einrichtungen für Vermittlung eines qualitativ hochstehenden Arbeitermaterials. Der paritätische Arbeitsnachweis verfolge hier; er habe seine Haupterfolge bei der Vermittlung ungelerner Arbeiter. Aber auch hier würden mehr und mehr Spezialarbeiter verlangt. Der Arbeitgebernachweis brauche keine Fachleute als Beamte; maßgebend sei, daß diese Beamten nur die Interessen der Arbeitgeber wahrnehmen. Wären die Arbeitgebernachweise wirklich Maßregelungsbureaus, dann hätten längst alle Arbeitgeberverbände solche Nachweise. In den Arbeitgebernachweisen finde keine Einwirkung auf das Koalitionsrecht, keine Beschränkung

der Freizügigkeit statt, wohl aber sei die Ausschließung untauglicher Elemente notwendig. Vor allem hätten diese Nachweise das Gute gebracht, mit der Meißnerwirtschaft aufzuräumen. Im weiteren polemisierte der Medner gegen einen Aufsatz von Dr. Dominikus, der den öffentlichen Nachweisen auch die Einflußnahme auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zuweisen will. Gegen ein Zusammenwirken von öffentlichen und Arbeitgebernachweisen hat der Medner nichts einzumenden.

Landrichter Raumann-Samburg widerspricht vor allem der Behauptung des Vorredners, daß die öffentlichen Nachweise von der Sozialdemokratie beeinflusst seien. Den Arbeitgebern stehe die Beteiligung, eventuell durch Vertreter, genau im gleichen Umfange zu wie den Arbeitern. Schulenburg (Metallarbeiter, Straßburg) bestritt gleichfalls das Uebergewicht der Sozialdemokratie in den öffentlichen Nachweisen und beleuchtete die Praxis des Arbeitgebernachweises an der Hand der Mannheimer Broschüre sowie mit Hinweis auf den in Leipzig ausgebrochenen Kampf. Dr. Kose-Berlin (Metallindustrie) findet bei den öffentlichen Nachweisen die Neutralität nicht gewährleistet. Der bestrittene Arbeitgeber werde namhaft gemacht, der Name des streikenden Arbeiters aber verschwiegen. Er akzeptiert das Zugeständnis der beiden Referenten, daß hierin den Wünschen der Arbeitgeber entgegenzukommen sei. Gegen paritätische Aufsichtskommissionen habe er kein Bedenken. Was in Mannheim geschehen sei, vertrete er nicht. Aber man solle sich nicht wundern, daß die Arbeitgeberverbände radikaler würden, da auch die Gewerkschaften radikaler geworden seien. Pöcksch-Berlin (Gastwirtsgehilfen) erörtert die Mißstände der Stellenvermittlung im Gastwirtsgeerbe und die Gebührensensierung unter dem neuen Gesetz. In bezug auf die Neutralität der öffentlichen Nachweise tritt der Medner den beiden Referenten scharf entgegen. Was diese forderten, das sei Hyperneutralität. Die Mitteilung der Namen streikender Arbeiter an arbeitsuchende Arbeitgeber hiesse die Herausgabe der schwarzen Listen den Nachweisen auferlegen und den Arbeiter der Achtung überliefern. Dr. Fleisch-Frankfurt a. M. verlangt eingehendere Statistiken der Arbeitsnachweise. Göttfried-Dresden (Arbeitnehmer) führt die hohen Frequenzfiguren der Arbeitgebernachweise auf deren Kontrollsystem zurück. Es handele sich überwiegend nicht um eigene Vermittlungen. In Gewerkschaftskreisen fasse man den Nachweis nicht mehr als Kampfmittel auf. Je mehr die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt werden, desto weniger brauchten die Gewerkschaften hierzu die Nachweise. Auch dieser Medner sprach sich scharf gegen die seltene Auffassung der beiden Referenten von der Neutralität bei Streiks aus. Die Arbeitgeber hätten weit mehr Mittel als die Arbeiter, sich über die Kontrolle zu verständigen. Der Arbeitsnachweis dürfe nicht den Schwachen an den Starken ausliefern.

In der weiteren Debatte verteidigten zwei Arbeitgebervertreter aus Mannheim und Dresden den Mannheimer Arbeitgebernachweis. Hansen-Kiel riet, die Streitmitteilungsfrage der Entscheidung des Ausschusses zu überlassen. Daß die öffentlichen Nachweise auch hochqualifizierte Arbeiter vermitteln könnten, beweiße die Tatsache, daß der Kieler Nachweis das gesamte Personal für Kaiserliche Werft liefere. Rechtsrat Fischer-Nürnberg sprach sich

Dr. Dominikus-Straßburg die Einleitung bildeten. Vorher wurde der Kongreß durch die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, sowie der Stadt Breslau begrüßt, und der Vorsitzende Dr. Freund machte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen vom Ausschuß des Verbandes, insbesondere über das neue Statut desselben, an dessen Spitze die Aufgabe stehe: „Förderung der paritätischen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises“. Er betonte die absolute Unparteilichkeit des Verbandes in allen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und teilte noch mit, daß der Verband vor allem auch die Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftige, die nicht zu lösen sei ohne vorherige Organisation des Arbeitsnachweises.

Dr. Kessler-Berlin erklärte einleitend, daß einseitige Gewerkschaftsnachweise außerhalb des Gastwirtsgewerbes kaum noch in Frage kommen. Die meisten Gewerkschaften ständen heute auf dem Boden des paritätischen Prinzips. Von den Arbeitgeberernachweisen seien die der Innungen bedeutungslos. Manche Innungsnachweise, vor allem in Hamburg, seien reine Arbeitgeberernachweise. Zu den Arbeitgeberernachweisen übergehend erörterte der Redner die Verhältnisse im Bergbau, in den Metall-, Textil-, Holz-, Nahrungsmittel-, Bau- und Verkehrsgewerben und die Ausbreitung der Unternehmensnachweise. Ihre Technik, ihre Zinnesen würden vielfach überschätzt, viele seien überhaupt bedeutungslos und von einer Centralisation könne keine Rede sein, außer im Metallgewerbe. Ihre Statistik sei ebenso nur mit Kritik zu betrachten, wie ihre geheimnisvollen Einrichtungen. Die großen Ziffern bedeuten meist Gelegenheitsarbeiter. Man könnte von einem Hamburger und einem Berliner System reden. Der Hamburger Nachweis der Eisenindustriellen vermittelte wirklich Arbeit, während der Berliner Nachweis der Metallindustriellen nur Kontrollscheine ausgab. Heute sei das Hamburger System fast allgemein; die Kontrolle bestehe freilich noch vielfach neben der Vermittlung. Es sei eine Entwicklung eingetreten vom Kontrollbureau zum Arbeitsnachweis. Noch auf der Münchener Tagung 1908 sei der patriotische Zweck dieser Nachweise stark betont worden. Herr Bued habe erklärt, sie hätten die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, nach Herrn Tändler dienen sie, der Ausschließung unbrauchbarer Arbeiter. Selbstverständlich würden sie auch in den Dienst der Lohnkämpfe gestellt. In Hamburg habe man sie als notwendig für die Ruhe im Gewerbe, in Bromberg für die Ausmerzung kontraktbrüchiger und renitenter Elemente bezeichnet. Anscheinend beiläufig zog der Redner auch die Stellung der öffentlichen Nachweise zum Streit in den Bereich seiner Erörterungen und fand keine Verletzung der Neutralität darin, wenn die öffentlichen Nachweise nicht nur dem Arbeitssuchenden mitteilen, ob in einem Betriebe gestreikt wird, sondern auch dem Unternehmer, ob der übermittelte Arbeiter an einem Streik beteiligt sei. — Was die Arbeitgeberernachweise erstrebten, konnten sie nicht durchführen, weil nur obligatorische Nachweise ungeeignete Arbeiter wirksam von den Betrieben ferngehalten werden könnten. Um das Obligatorium einzuführen, seien Strafen von 5 bis 20 Mk. im Baugewerbe, ja bis zu 200 Mk. (Naschenfabriken) bestimmt. In einer Kartotek würden alle Angaben über die Arbeitskräfte aufbewahrt. In Mannheim soll eine besondere Ar-

beiterliste mit Merkzeichen geführt werden, in Leipzig und Berlin (Metallindustrie) würden die Austrittsgründe notiert. Bevorzugungen und Benachteiligungen einzelner Arbeiter kommen häufig vor. In Chemnitz würden z. B. Arbeiter über 42 Jahre nicht eingestellt. Der Gedanke, die organisierten Arbeiter auszuschließen, scheint aufgegeben zu sein; selbst in Mannheim sei keine Liste der Organisierten vorhanden. Dagegen würden kontraktbrüchige Arbeiter ausnahmsweise behandelt, daneben Renitente, Waisfernde und Schuldenmacher. Der Leiter des Nachweises der Hamburger Eisenindustriellen habe erklärt, er schließe selbst Agitatoren nicht aus, so lange sich noch ein Arbeitgeber finde, sie zu beschäftigen. Eine recht problematische Ausrede! Meist wisse der Arbeiter aber gar nicht, daß er gesperrt sei. Eine Beschränkung dagegen gebe es nicht oder sie sei fruchtlos. Auch wisse niemand, was auf seiner Personkarte stehe. Diese Heimlichkeiten erklären den scharfen Widerspruch der Arbeiter. Der Arbeitgeberernachweis habe auf dem Gebiete der Streitverhütung Fiasko gemacht; er sei im Gegenteil zum Anlaß von Streiks geworden. Auch das Wachstum der Gewerkschaften habe er nicht hindern können, infolgedessen sei er mehr zum Kontrollbureau für friedliche Zeiten geworden.

Man könne nicht einfach die Aufhebung dieser Nachweise verlangen. Selbst der Metallarbeiterverband begnüge sich mit der Forderung der Mitkontrolle. Ein kleiner Fortschritt sei in Hagen-Schwelm erreicht durch das Zugeständnis einer unparteiischen Vertretung in der Beschränkungsinstanz. In verschiedenen Gewerben, besonders im Baugewerbe, werde die Zeit eine tarifliche Regelung des Arbeitsnachweises bringen. Wo aber bleibe der Reiz der Arbeitgeberernachweise? Hier könne die Gesetzgebung durch eine Regelung der Kontrolle der Geschäftsführung eingreifen. Redner befürwortet als gesetzliche Mindestbedingungen 1. eine paritätische Beaufsichtigung und Beschränkungsinstanz und 2. eine Dauergrenze für die Sperrung einzelner Arbeiter.

Es dürfe der Zustand nicht bleiben, daß ein Teil der Arbeitgeberernachweise seine Aufgabe darin erblickt, nicht Arbeit zu vermitteln, sondern Arbeit dauernd zu verweigern!

Der zweite Referent, Dr. Dominikus-Straßburg, teilte mit, daß er den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrrevier eingehend studiert und seine Erfahrungen durch Rückfragen bei öffentlichen Nachweisen, sowie freien und christlichen Gewerkschaften ergänzt habe. Zur Gründung des Zechennachweises habe der starke Belegschaftswechsel Anlaß gegeben, dessen Einschränkung durch schwarze Listen erfolglos verüht wurde. Bald umfaßten die letzteren 5400 Namen! Da habe man zwecks Bekämpfung des Kontraktbruches und des häufigen Belegschaftswechsels den Nachweis gegründet. Auch die Arbeiterverbände stimmten der Kontraktbruchbekämpfung zu. Sie erklärten jedoch den Kontraktbruch als entschuldbar, da es sich meist um ausländische und des Deutschen nicht mächtige Arbeiter handele, die unter falschen Vorpiegelungen ins Ruhrrevier gelockt seien. Von Arbeitgeberseite sei der Nachweis als notwendig bezeichnet, um einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt zu haben. Eine Einwirkung auf das Koalitions- oder Freizügigkeitsrecht bestritten die Arbeitgeber. Technisch sei der Nachweis tadellos organisiert; die Kartenregistratur führe über 530 000 Menschen eine

gegen einseitige Nachweise aus. Störten-Berlin (Arbeitnehmer) meinte, daß die Arbeitgebennachweise sich als Kampfmittel noch weniger bewährt hätten als die der Arbeiter. Scharf wies der Redner die Pläne zurück, die Neutralität durch Kenntnisgabe der Namen streikender Arbeiter ins Gleichgewicht zu bringen. Das hieße die Streikenden auch nach Ablauf des Streiks ächten und sie dem Hungertode überliefern. Wenn das Praxis werden sollte, dann würden es sich die Gewerkschaften sehr überlegen müssen, ob sie die öffentlichen Nachweise noch unterstützen könnten. Wischniowski-Berlin (gelber Bäckerbund) behauptet, daß die paritätischen Nachweise völlig im Dienste der Sozialdemokratie ständen und sogar Kontrollmarken über die Erfüllung von Parteipflichten ausgaben. Hager-Hamburg (Hafenbetriebsverein) klagt darüber, daß die Arbeitervertreter außerstande seien, sich in Arbeitgeberinteressen hineinzudenken. Sein Nachweis schließe nur Diebe aus, trotzdem versuchten die Arbeiter immer wieder solche Diebe hineinzuschmuggeln. Sein Arbeitsnachweis sei paritätisch, aber an die übrigen Arbeitgeber richte er die Mahnung, sich um Gotteswillen in keine Parität einzulassen. Jehdike-Dresden (Industrieller) ist Vertreter des paritätischen Prinzips, wünscht aber eine andere, arbeitgeberfreundliche Neutralität.

In seinem Schlußwort hielt Dr. Dominikus-Straßburg seinen Vorschlag betreffend Aenderung des Reglements für Streikfälle aufrecht. Es handle sich hier nicht um einen neuen Standpunkt, sondern diese Regelung bestehe in Straßburg bereits seit mehreren Jahren zur Zufriedenheit beider Teile. Er akzeptierte das Zugeständnis Dr. Koses hinsichtlich der paritätischen Aufsichts- und Beschwerdefunktionen. Im übrigen verteidigte er seinen in der Debatte berührten Aufsatz. Der Vorsitzende Dr. Freund erklärte den letzteren für eine private Angelegenheit des Verfassers. Er begrüßte es als Fortschritt, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich über eine so heikle Angelegenheit in Ruhe und Frieden auseinandersetzten und hoffte, daß beide Teile sich dadurch näher kämen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die weiteren Beratungspunkte des Kongresses bildeten die Arbeitsvermittlung im Auslande (Referent Dr. Dominikus-Straßburg), die Lehrlingsvermittlung (Referent Hansen-Niel), der Arbeitsnachweis und die Frauen (Referentin Fr. Klaußner-Berlin), und der Stand der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung.

Zu letzterem Punkte wurden umfangreiche Referate von Prof. Stieda-Leipzig, Dr. Stojentz-Stettin und Dr. Bonikowski-Kattowitz erstattet. Während Prof. Stieda sich in seinem inhaltreichen und formvollendeten Vortrag der peinlichsten Objektivität und Unparteilichkeit befleißigte, vertraten die beiden anderen Referenten so offen und ausschließlich den nackten Arbeitgeberstandpunkt, daß die Debatte von scharfen Verwahrungen gegen diese Redner und von Vorwürfen gegen den Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erfüllt war. Besonders die Arbeitervertreter gaben ihrem Unmut darüber, daß der Ausschuß nicht für einwandfreie Referate bzw. für eine Darlegung des Arbeiterstandpunktes gesorgt habe, scharfen Ausdruck, und Brückner-Berlin empfahl, um der Wiederkehr solcher Dinge vorzubeugen, die Zuziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und Arbeiter zum Ausschuß. Vor allem aber wurde für und wider

die Wirksamkeit der Deutschen Feldarbeiterzentrale gestritten. Während die anwesenden Landwirtschaftsvertreter die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft als unentbehrlich und die Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale als segensreich erachteten, bezeichnete ein Teil der anderen Vertreter die Ausländer als eine schwere soziale und nationale Gefahr und das Wirken der genannten Centrale als geradezu verhängnisvoll. Auch wurde nicht unterlassen, die Notwendigkeit des Koalitionsrechts und der Aufhebung der Gesindeordnungen für die Landarbeiter zu betonen und den Agrariern ihr arbeiterfeindliches Verhalten vor Augen zu führen. Auch hier kam es zu keiner Beschlusfassung. Der Vorsitzende beschränkte sich in seiner Schlußrede darauf, das Nützliche des Zusammenwirkens aller Interessengruppen zu betonen. Er erklärte nochmals, daß der Verband an paritätischen Prinzipien festhalte. Der Standpunkt der Arbeiter, welche die Mitbeteiligung am Arbeitsnachweis verlangen, müsse als ein berechtigter anerkannt werden, weil hiermit am besten allen Kämpfen vorgebeugt werden könne. Gegenüber dem Mißtrauen der Landwirtschaft erkläre er, daß der Verband keinen Interessenstandpunkt vertrete, und ist mit Prof. Stieda der Überzeugung, daß nur die möglichst vollkommene Organisation des Arbeitsnachweises der Ausländergefahr entgegenwirke. Schließlich ersuchte er die anwesenden Regierungsvertreter um Unterstützung dieser Bestrebungen des Verbandes und schloß den Kongreß mit den üblichen Dankesworten.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat mit anerkennenswerter Offenheit sich auf den Boden des Prinzips der paritätischen Organisation der Arbeitsnachweise gestellt. Dies verdient um so mehr Beachtung, als es geschah unter gleichzeitiger Erörterung des Verhältnisses zu den einseitigen Nachweisen der Arbeitgeberverbände, die das paritätische Prinzip verwerfen und bekämpfen, weil es die Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften voraussetzt. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise darf sich der Unterstützung der Gewerkschaften in seinem Wirken für öffentliche, paritätische Arbeitsvermittlung versichert halten.

Aber trotz dieser Betonung des paritätischen Prinzips ließen die Verhandlungen des Breslauer Kongresses keinen Zweifel darüber, daß dieselben mehr als jemals unter dem Einflusse von Arbeitgeberinteressen standen. Vielleicht trug einen nicht geringen Teil von Schuld an diesem Eindruck die allzu spärliche Zahl der anwesenden Arbeitervertreter. Man hat anscheinend in Arbeiterkreisen diesen Verhandlungen nicht dasjenige Gewicht beigelegt, das sie besitzen, sondern wertete sie als einen mehr neutralen Faktor, den man sich ruhig selbst überlassen könne. Die sehr starke Vertretung von industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitgeberinteressen dürfte diese Meinung eines besseren belehrt haben und dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft sich künftig in höherem Maße um diese für sie höchst wichtigen Dinge kümmert.

Aber nicht die schwache Arbeitervertretung war das Auffallendste an dieser Tagung, sondern das weite Entgegenkommen, das die Veranstalter des Kongresses gegenüber den Arbeitgebern an den Tag legten. Zwei Referenten durften, ohne daß diese Frage vorher mit Arbeitervertretern erörtert wäre, dem Kongreß eine Aenderung der grundlegenden Bestimmungen über die Neutralität der

Arbeitsnachweise empfehlen. Ein Generalsekretär der Stettiner Industriellen darf ein fast stündiges, wohl vorbereitetes Arbeitgeberreferat daran knüpfen während der nachfolgende Arbeiterredner sich vor Unterbrechungen kaum zu retten wußte und die Redezeit der übrigen beschränkt wurde. Beim zweiten Hauptverhandlungspunkte vertraten sogar zwei der Referenten ausschließliche Arbeitgeberinteressen, ohne daß der Ausschuß des Verbandes für ein Arbeitnehmerreferat Sorge getragen hätte. Solche Dinge zeigen der Arbeiterschaft, daß der Verband deutscher Arbeitsnachweise trotz der Betonung seines paritätischen Prinzips den Arbeitgebern weiter entgegenkommen möchte, als den Arbeitern. Vielleicht bemüht er sich, die Arbeitgeberverbände durch möglichst weitgehende Konzessionen zu gewinnen und sie allmählich auf den paritätischen Boden herüberzuziehen. Wir halten dieses Bestreben an sich für ein nützliches, wenn auch recht wenig aussichtsvolles, und wollen über gewisse Diplomatenkünste nicht kleinlich rechten. Aber so weit dürfen die letzteren nicht gehen, daß man den draußentehenden Arbeitgeberverbänden die vitalsten Interessen der mitwirkenden Arbeiterschaft opfert. Denn dies und nichts anderes würde die Einführung eines Reglements bedeuten, wonach der Arbeitsnachweis dem Arbeitgeber, der einen Arbeiter verlangt, mitteilt, daß der ihm zugewiesene Arbeiter ein Streikender sei. Das hieße nichts anderes, als dem Arbeitsuchenden gleich vom Arbeitsnachweis den *Uria* Brief mitgeben, der ihn dauernd brotlos machen würde. Hier kann es kein Nachgeben der Arbeiter geben, sondern nur die allerschärfste Zurückweisung. Daran würde der Umstand, daß eine solche Praxis in Straßburg bereits seit mehreren Jahren ungehindert geübt wurde, nicht das mindeste ändern. Denn was in einer Stadt, noch dazu südlich des Rhains, unter besonderen Ausnahmeverhältnissen unschädlich war, das würde ganz anders in Norddeutschland und inmitten der Spannungsverhältnisse zwischen Gewerkschaften und Scharfmacherverbänden wirken. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise sollte sich dringend davor hüten, neue Kämpfe mit der Arbeiterschaft heraufzubeschwören, in denen das paritätische Wirken den größten Schaden erleiden müßte. Er würde auch durch weitergehende Zugeständnisse sicherlich keinen einzigen Arbeitgeberverband zur Preisgabe seines einseitigen Arbeitsnachweises verleiten, denn das Arbeitgeberum ist solange unparitätisch aus Prinzip, als die Gewerkschaften nicht die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter erkämpft haben. Wohl aber würde er die Arbeiterschaft mit tiefem Mißtrauen gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise erfüllen und damit den Ast absägen, auf dem die paritätische Arbeitsvermittlung sitzt. Es bedarf nur einer solchen ungeschickten und unsinnigen Praxis, um die öffentlichen Nachweise in den Ruf von Anstalten zur Vermittelung von Streikbrechern und zur Denunziation und Achtung streikender Arbeiter zu bringen, und das wäre zugleich das Ende der sogenannten paritätischen Arbeitsvermittlung. Niemand, dem die weitere Entwicklung der öffentlichen Arbeitsnachweise wirklich am Herzen liegt, kann ruhig zusehen, wie leichtfertig eine solche Gefahr heraufbeschworen wird.

Die Arbeiterschaft wird es sich nicht nehmen lassen, nunmehr, da diese Pläne öffentlich ausgesprochen sind, auch dazu Stellung zu nehmen und derartige Absichten mit der größten Entschieden-

heit zurückzuweisen. Vor allem aber richten wir an die Arbeitervertreter in den paritätischen Arbeitsnachweisen das dringende Ersuchen, auf der Hut zu sein und die Interessen der Arbeiter gegenüber solchem beabsichtigten Mißbrauch der Arbeitsvermittlung mit der gebührenden Keftigkeit zur Geltung zu bringen.

Arbeiterbewegung.

P. Knudsen †.

Am 28. Oktober starb in Kopenhagen unerwartet der Veteran und erste Führer der dänischen Arbeiterschaft, P. Knudsen. Noch vor wenigen Wochen empfing er als Bürgermeister der Stadt im Kopenhagener Rathaus den internationalen Arbeiterkongreß. Ein bisher unbekanntes Leberkrebsleiden hat seinem Leben ein schnelles Ende bereitet.

P. Knudsens Name ist unauslöschlich mit der Arbeiterbewegung Dänemarks verknüpft. Der junge Handschuhmachergeselle, der Ende der 1860er Jahre nach Kopenhagen kam, sollte bald an erster Stelle im Freiheitskampfe der Arbeiter stehen. Sein Wirken wandte sich zunächst der gewerkschaftlichen Organisation der Berufskollegen zu und 1875 entstand durch seine Initiative der Fachverein der Kopenhagener Handschuhmacher, aus dem bald ein Verband für ganz Skandinavien wurde. Seinen Gründer traf selbsterständlich bald die Verfolgung der Unternehmer; schon damals waren die schwarzen Listen bekannt, und P. Knudsens Name hatte schnell seinen Platz auf einem dieser Ruhmesblätter der kapitalistischen Unternehmer gefunden; Arbeitslosigkeit und Not waren die Folgen. Nichts konnte ihn indes irre machen. Volle 27 Jahre verblieb er Vorsitzender des Handschuhmacherverbandes, bis er 1903 wegen Arbeitsüberbürdung dieses Amtes einem Jüngeren übergeben mußte.

Aus dem engeren Berufskreise war er in den Kreis der allgemeinen Arbeiterbewegung gekommen. 1877 wurde er Mitglied des Vorstandes der Kopenhagener Fachvereine, der zu jener Zeit die eigentliche Centrale der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung Dänemarks war. 1878 wurde der sozialdemokratische Verband gegründet, dessen Vorsitzender Knudsen 1882 wurde. Dieses Amt versah er bis 1909; er mußte zurücktreten, weil die Kopenhagener Arbeiterschaft inzwischen das Rathaus erobert hatte, wo sie ihm das Bürgermeisteramt der Armenverwaltung übertrug. So war der ehemalige Handschuhmacher, der am eigenen Leibe Not und Entbehrungen erfahren hatte, der einflußreichste Fürsorger der Armen geworden, wie er sein ganzes Leben deren Fürsprecher gewesen war.

Seiner gewerkschaftlichen Stellung entsprechend war die Sozialpolitik das Hauptgebiet des Politikers Knudsen. Schon im Jahre 1880 kam er mit einem groß angelegten Werke über die Krankenversicherung heraus, das zu dem späteren Gesetz (1885) die Initiative gab. Das jetzt geltende Gesetz über die Arbeitslosenversicherung trägt ebenfalls in vielem die Spuren seiner Arbeit. Er war Mitglied der offiziellen Kommission, die den Entwurf dieses Gesetzes ausarbeitete, und er kämpfte auch hier mit der ihm angebotenen Fähigkeit für die möglichst weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterinteressen.

Was P. Knudsen der sozialdemokratischen Parteiorganisation Dänemarks war, braucht hier nicht hervorgehoben zu werden. Es genügt die Fest-

stellung, daß er auch an ihrer Spitze 27 Jahre lang als ihr erster verantwortlicher Führer — oder um mit ihm selbst zu reden — Geschäftsführer stand. Wenn es aber in Dänemark nie ein Problem: Partei und Gewerkschaften, gegeben hat, so ist das ein wesentliches Verdienst des Gewerkschaftsführers P. Knudsen, des verantwortlichen Parteileiters. Als 1886 das Kopenhagener Gewerkschaftskartell feste organisatorische Form bekam, war er daran beteiligt und er wurde auch der zweite Vorsitzende des Kartells. Als die Landesorganisation der dänischen Gewerkschaften, im wesentlichen aus diesem Kartell hervorgehend, 1898 gegründet wurde, stand P. Knudsen auch hier mit an der Spitze und auch in dieser Gewerkschaftscentrale wurde ihm das Amt des zweiten Vorsitzenden übertragen. Der erste Parteileiter war eben zu allen Zeiten zugleich einer der ersten Gewerkschaftsführer des Landes.

Als Parlamentarier gehörte Knudsen von 1890 bis 1898 der ersten Reichstagskammer an; seit 1898 war er mit einer Unterbrechung Mitglied der zweiten Kammer. Auch in dieser Tätigkeit hat er erstaunliche Beweise seines Könnens und seiner Arbeitsfähigkeit abgelegt.

Es ist selbsterständlich, daß Knudsens Name in der ganzen Arbeiterinternationale einen guten Klang hat. Besonders aber stehen mit den Dänen die Genossen der beiden anderen skandinavischen Länder trauernd an seiner Bahre. Er war einer der Urheber der allgemeinen skandinavischen Arbeiterkongresse, deren erster vor 25 Jahren in Gothenburg stattfand. Das von diesem Kongreß beschlossene sozialdemokratische Gewerkschaftsprogramm war von P. Knudsen verfaßt. Gerade die ersten dieser Kongresse haben für die Arbeiterbewegung in ganz Skandinavien einen sehr hohen Wert gehabt; hier konnten die Dänen mit P. Knudsen an der Spitze anregend und anfeuernd auf ihre Kameraden in den anderen skandinavischen Ländern einwirken.

Mit P. Knudsen ist einer der besten Kämpfer der Arbeiterinternationale dahingegangen. Die Früchte seiner unermülichen Tätigkeit während eines Menschenalters werden aber bleiben. Der politische Einfluß der dänischen Arbeiter ist heute unantastbar. Dieser ist zwar nicht das Werk des einen P. Knudsen, aber er hat den redlichsten Anteil daran. W. J.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der verantwortliche Redakteur der „Bergharbeiter-Zeitung“, Genosse Wagner, wurde im ersten Raddodprozeß wegen Beleidigung des Direktors Andree seinerzeit zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der gegen das Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde stattgegeben und die Sache an das Landgericht Bochum zurückverwiesen mit dem Auftrage, den Beweis für den ganzen Inhalt des betreffenden Artikels zuzulassen. Dieser zweite Prozeß, der jedoch ebenfalls stattfand, endete wiederum mit der Verurteilung des Angeklagten zu 300 Mk. Geldstrafe. Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch zu einer eindrucksvollen Anklage gegen die Verhältnisse im Ruhrkohlenbergbau, in deren Gefolge solche Unglücksfälle, wie auf Raddod, sich von selbst ergeben müssen. Schlechte Behandlung der Arbeiter, Lohnmangel mit beifolgender Antreiberei, mangelnde Aufsichtigung der Unfallgefahren, das sind die charakteristischen Ergebnisse dieses Prozesses, der zur Verurteilung unseres Genossen führte.

Im Centralverein der Bildhauer werden die Vorbereitungen zu einer statistischen Erhebung großen Umfanges getroffen. In diesem Monat wird zunächst eine Erhebung über die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Bildhauerberuf veranstaltet. Im März nächsten Jahres sollen sodann die Lohn- und Arbeitsbedingungen Gegenstand einer statistischen Aufnahme werden. Die letzte Statistik über die Lohn- usw. Verhältnisse wurde vor fünf Jahren aufgenommen, während auf die hygienischen Verhältnisse damals wenig Gewicht gelegt wurde. Diese sollen jetzt eingehend berücksichtigt werden, wodurch zweifellos auch ein gutes Material für die Hygieneausstellung in Dresden gewonnen werden dürfte.

Die Abrechnung des Holzarbeiterverbandes für das zweite Quartal ergab einen Mitgliederbestand von 156 738, davon 4189 weibliche Mitglieder. Von den Ausgaben im Quartal entfallen auf Reiseunterstützung 31 090 Mk., Arbeitslosenunterstützung 129 112,37 Mk., Streikunterstützung 132 019,20 Mk., Krankenunterstützung 142 423,05 Mk., Agitation 43 589,23 Mk. und auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ 19 550 Mk. Der Bestand der Hauptkasse betrug 2 688 142,74 Mk., wozu 1 641 976,94 Mk. an Beständen der Lokalkassen kommen. Das Gesamtvermögen des Verbandes beläuft sich demnach auf 4 330 119,68 Mk.

Unter dem Titel „Demokratisches Mißtrauen oder demokratisches Vertrauen“ nimmt der „Grundstein“ zu den diesbezüglichen Aeußerungen Bebels auf dem Magdeburger Parteitag Stellung, die seither von gewisser Seite in ungebührlicher Weise ausgeschlachtet worden sind. Der „Grundstein“ weist die Gefahren eines ungerechtfertigten Mißtrauens der Masse gegen die von ihr selbst gewählten Vertrauenspersonen treffend nach; er tut aber noch ein übriges, indem er den Nachweis erbringt, daß Bebel selbst keineswegs Anhänger eines derartigen Mißtrauens auf jeden Fall ist. Als 1907 die entscheidenden Sitzungen der Berliner Bauarbeiter vor dem Kampfe stattfanden, nahm auch Bebel an einer derselben teil. Er erklärte damals:

„Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu prüfen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. . . . Man sollte ihnen daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen, denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa slavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. . . . Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee befiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sich die Situation so verändert hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist. . . . Die Führer der Gewerkschaften sind in diesem Falle in derselben Lage wie der Parteivorstand; auch der hat es mit seinem Auftrag zur Maidemonstration vielen Parteigenossen nicht recht gemacht. Aber wir müßten erbärmliche Kerle sein, wenn wir uns nicht der Verantwortlichkeit bewußt wären. Wir wären doch Loren, wenn wir Zehntausende der besten, bravsten Genossen dem Kapitalismus als Schlachtopfer überantworten wollten. Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Ueberzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Verrät, der nicht verdient, Führer zu sein.“

Sch verlange, daß die an die führende Stelle Gestellten weiter sehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben, in der Sorge um das tägliche Brot."

Dazu bemerkt der „Grundstein“:

„Aus jedem dieser Sätze Debels spricht die Erkenntnis, daß das Vertrauen der Masse zu den Führern der Gewerkschaften und der Partei eine Notwendigkeit ist. Gänzlich undenkbar damit ist seine in Magdeburg ausgesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich!“ Tagelagen nehmen wir ihn und alle anderen, die des Vertrauens wert sind und seiner bedürfen, um erfolgreich wirken zu können, nachdrücklich in Schutz. Wie schon angedeutet, erachten wir den Ausbruch aus seinem Munde lediglich als eine aus momentaner Erregung zu erklärende Äußerung von dem an sich richtigen Grundgedanken, daß sich die Parteigenossen nicht einem Vertrauensdusel ergeben, sondern über die Führer wachen sollen. Wachen und Mißtrauen ist zweierlei. Und das Mißtrauen stellt sich gewöhnlich da ein, wo die wenigste oder gar keine Wachsamkeit geübt wird. Der Begriff Wachsamkeit schließt in sich ehrliches, gewissenhaftes, vorurteilsfreies Eingehen auf alle die Fragen und Aufgaben, deren Entscheidung und Erfüllung wesentlich mit von der Haltung der Führer abhängt. Die wahre Wachsamkeit kann nur üben, wer sich das nötige Verständnis für diese Fragen und Aufgaben aneignet. Wachsamkeit aus reinem Mißtrauen wächst sich gar leicht zu einer Giftpflanze aus, die gute Saat und gute Frucht zerstört. Man merke wohl: in der proletarischen Bewegung bildet erfahrungsmäßig die Rechtfertigung des in die Führer gesetzten Vertrauens die Regel und das Gegenteil die Ausnahme. Und deshalb ist ein besonderer Appell an das Mißtrauen mindestens überflüssig.“

Der Zimmererverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 53 625 Mitglieder. Unter den Einnahmen befinden sich 300 000 Mk. aus den allgemeinen Sammlungen der Generalkommission. Die Gesamtausgabe im Quartal betrug 1 427 006,94 Mk. Davon entfallen auf Agitation 35 141 Mk., Arbeitslosenunterstützung 26 877 Mk. und auf Streikunterstützung 1 301 118 Mk. Der Massenbestand der Hauptkasse am Schlusse des Quartals belief sich auf 538 695,25 Mk., außerdem befanden sich 96 318,48 Mk. Hauptkassengelder in den Zahlstellen. Die Lokalfondsbestände betragen am gleichen Tage 485 966,14 Mk., so daß der Verband nach Beendigung des Kampfes ein Vermögen von 1 120 979,87 Mk. besaß. Die Abnahme des Verbandsvermögens im Laufe des zweiten Quartals betrug nach der Abrechnung 351 034,21 Mk.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

In ihren drei letzten Nummern (August bis Oktober) hat die „Gewerksch. Rundschau“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die Darstellung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909 und im Vergleich mit den vorangegangenen drei Jahren veröffentlicht, die trotz aller Rückschläge und Hemmnisse, welche die Wirtschaftskrise, die im Berichtsjahre noch andauerte und erst gegen dessen Ende eine Abschwächung erfuhr, ihrer Weiterentwicklung entgegensetzte, ein durchaus nicht unerfreuliches Bild bietet.

Einleitend wird die Wirtschaftslage kurz geschildert. Der Außenhandel der Schweiz ist im Jahre 1909 bedeutender gewesen als 1908, aber er ist hinter dem Wechseljahr 1907, in dem der Uebergang von der Prosperität zur Krise stattgefunden, zurückgeblieben. Er betrug in den drei Jahren:

	Einfuhr in Millionen Franken	Ausfuhr
1907	1687,4	1152,9
1908	1487,1	1038,4
1909	1602,0	1097,0

Die Einfuhr stieg, wie der Vergleich zeigt, erheblich stärker als die Ausfuhr, wobei Getreide mit 31,6, Baumwolle mit 26,5, Seide mit 20,5, Häute und Felle mit 9,5, Wolle mit 12,1 Millionen Franken Steigerung den Hauptanteil an der Mehreinfuhr gegenüber 1908 hatten. An der Mehrausfuhr partizipierten hauptsächlich Baumwolle mit 28,8, Seide mit 15,1, animalische Nahrungsmittel mit 6,7 Millionen Franken usw. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Maschinen um 11,1, von Uhren und edlen Metallen um je 3,6, von Tieren um 3,4 Millionen Franken usw. Der Vergleich der Einfuhr und Ausfuhr zeigt auch, daß die Schweiz ebenso wie alle Industrieländer eine passive Handelsbilanz hat, die nicht, wie bürgerliche nationalökonomische Schläumeier schon heraufstülften wollten, ein Zeichen eingetretener nationaler Verarmung, sondern im Gegenteil ein Beweis des zunehmenden Reichtums im Zusammenhang mit fortschreitender Industrialisierung des Landes ist.

Die in der Handelsstatistik zum Ausdruck gelangenden Konjunkturschwankungen zeigten sich natürlich ebenso auch auf dem Arbeitsmarkte. Die in Zürich domizilierte Centralstelle der schweizerischen Arbeitsämter führt in ihrem Jahresberichte über den Arbeitsmarkt im Jahre 1909 aus, daß zwar die allgemeine wirtschaftliche Situation gegenüber 1908 eine Besserung erfahren hat, aber dennoch einzelne Industrien von bedenklichen Konjunkturschwankungen, unter deren Einfluß sich nur nach und nach eine ruhige Tendenz des Arbeitsmarktes entwickeln konnte, nicht verschont geblieben sind. Namentlich war die Geschäftslage in der schweizerischen Maschinen- und Uhrenindustrie keine befriedigende; etwas erträglicher gestaltete sich dieselbe für die Elektrizitätsindustrie, besser für die chemische Industrie und gut für die Textilindustrie, wo besonders nun auch ein Wiederaufleben der Stickereiindustrie in naher Aussicht steht. Leider erfüllten sich die Hoffnungen auf eine kräftige Neubelebung im Baugewerbe und den damit zusammenhängenden Berufen nicht überall; hier weniger, dort mehr hatte die Entwicklung noch unter den Nachwehen früherer Tiefstände zu leiden, weshalb ein allgemeines wirksames Verdrängen der Depression nur langsam fortschreiten kann. In der Landwirtschaft blieb der Bedarf an Arbeitskräften bis zum Winter stabil und eine besonders günstige Erscheinung war die noch länger andauernde Verdienstegelegenheit für ungelernete Arbeiter aller Art. Die günstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse ergaben denn auch gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme der bei den schweizerischen Arbeitsämtern angemeldeten offenen Stellen um 3747 auf 64 603 und der besetzten Stellen um 3658 auf 43 873. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich allerdings ebenfalls vermehrt, aber nur um 638 auf 72 430, und diese Zunahme entfällt auf die Frauenabteilung, während die Zahl der Männer sich um 290 verminderte. Die Zahl der nicht eingeschriebenen Durchreisenden stieg um 3459 auf 59 516. Auf 100 offene Stellen für Männer kommen 135 gegen 144,2 Arbeitsuchende in 1908, für Frauen 74,5 gegen 75,2. Die 1909 eingetretene wirtschaftliche Besserung war demnach in der Tat nur eine bescheidene und vermochte nicht, den Gewerkschaften einen neuen Aufschwung zu verleihen, ja nicht einmal den 1908 begonnenen Rückgang auf der ganzen

	1908	%	1909	%
Notfall-, Umzugsunterstützung	10604	0,8	15678	1,3
Unterzügg. and. Organ.				
Inland	25885	1,9	21862	1,8
Ausland	3449	0,2	17203	1,4
Sonstige Ausgaben	63329	4,7	54555	4,6
Summe der Ausgaben	1324834	100	1163503	100

Besonders bemerkenswert an dieser vergleichenden Statistik der beiden letzten Jahre ist der starke Rückgang der Ausgaben für Streiks und Maßregelungen von 370 697 Frank in 1908 auf 174 801 Frank in 1909 und andererseits die Erhöhung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung von 77 673 Frank auf 96 945 Frank. Auffallend ist der bedeutende Rückgang der Krankenunterstützung um 23 000 Frank. Immerhin macht der Posten mit 27,4 Proz. der Gesamtausgaben noch 1,6 Proz. mehr als 1908 aus. Im übrigen entfällt der Löwenanteil der Ausgaben in dem einen wie in dem andern Jahr auf die verschiedenen Unterstützungen und erhalten so die Mitglieder in den verschiedensten Lebenslagen den größten Teil ihrer Beiträge wieder zurück.

Erwähnt sei noch besonders der zu den Verwaltungsausgaben in der „Gew. Rundsch.“ gegebene Kommentar:

„Beim Posten Verwaltung ist ein bedeutender Unterschied zum vornherein zu machen zwischen Verbänden, die gut ausgebaute Unterstützungseinrichtungen und daher mehr Verwaltungsarbeiten zu bewältigen haben, und solchen, denen diese Einrichtungen noch fehlen. Ferner muß man dabei die Berücksichtigung mehrerer Sprachen (Uebersetzungs- und Druckkosten des Verwaltungsmaterials) für einzelne Verbände nicht vergessen. Das gleiche trifft zu mit Bezug auf die Kosten Agitation und Delegationen, namentlich aber für den Posten Verbandsorgan. Hierbei kommt ferner die Mitgliederzahl sehr wesentlich in Betracht, indem die kleinen Verbände für Verwaltung und Verbandsorgan verhältnismäßig das Doppelte, häufig das Dreifache des Betrages auslegen müssen, den die großen Verbände hierfür auslegen.“

Betrachtet man die ganze Darstellung der Verhältnisse der schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1909 — die Darstellung der Lohnkämpfe ist, da wir diese Zahlen schreiben, noch nicht veröffentlicht —, so kann man in der Tat sagen, daß sie trotz des teilweisen Mitgliederrückganges ein durchaus befriedigendes Bild bieten. Der Mitgliederrückgang dürfte schon heute in allen oder den meisten Gewerkschaften wieder ausgeglichen sein, da die wirtschaftliche Besserung anhält, wenn sie auch nur langsam fortschreitet und so die Vorbedingung für eine neue Erneuerung unserer Organisationen gegeben ist. Als Beweis der wirtschaftlichen Besserung sei die weitere Steigerung des schweizerischen Außenhandels im laufenden Jahre angeführt. Es ist im ersten Halbjahr die Einfuhr auf 814 (1908: 757) Millionen Franken, die Ausfuhr auf 569 (521) Millionen Franken gestiegen. Der gesamte Außenhandel um 105 Millionen, von 1278 auf 1383 Millionen Franken.

Auch die Lage des Arbeitsmarktes ist nicht un günstig. So kamen im Monat August bei starker Vermehrung der offenen Stellen (um 1058) und Abscheidener der Arbeitsuchenden (um nur 272) auf 100 offene Stellen für Männer 113,9 und Frauen 62,4 Arbeitsuchende gegen 125 bzw. 68,7 im Juli. Die allgemeine Tendenz im Wirtschaftsleben wird als eine immer besser werdende bezeichnet.

So geht es auch mit den Gewerkschaften wieder vorwärts und aufwärts.

Einheitsströmungen in den englischen Gewerkschaften.

Wiederholt hatte ich Gelegenheit, einzelnen Mitgliedern von nach Deutschland gesandten englischen Studienkommissionen die Einrichtungen und Institutionen der deutschen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu zeigen und zu erläutern, meistens jedoch mit dem Erfolg, daß sie wohl Worte der Anerkennung fanden, aber sich niemals getrauten, das Gesehene in ihrem Lande zu verwerten. So, ein Vertreter erklärte mir einmal, als ich ihm unser Hauskassierersystem und das Markensystem bei der Beitragserhebung nebst der damit verbundenen strengen Kontrolle erläuterte, wenn sie so etwas in ihren Unions einführen wollten, dann würden die Leaders Revolution machen. So hänge man in England noch am Althergebrachten. Wie schon gesagt, nicht die Einrichtungen unserer Organisationen interessierten sie, sondern bei allenkehrten die Fragen wieder: „Denken Sie an einen Krieg mit England?“ „Was halten Sie vom Schutzzoll und Freihandel?“ „Essen die Arbeiter in Deutschland Pferde- und Hundefleisch?“ „Was halten Sie vom Genuß von Schwarzbrot?“ „Laufen hier auch Kinder barfuß?“ usw. usw. Erst vor einigen Tagen ist wieder so eine Kommission von 50 Arbeitern in 6 Tagen durch Deutschland gerast, natürlich mit der Aufgabe, die sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse zu studieren. Ein solches Verlangen ist einfach verrückt.

Dieser letzte von Mr. Bridge arrangierte Working Mens Continental Trip war der achte. Also acht von diesen blödsinnigen Arrangements sind bereits von diesem famosen Mr. Bridge oder wohl richtiger von der Tarifreform-Liga (Schutzzöllner) arrangiert worden. Und das Resultat? Wenn man die Berichte dieser mit Vollampf durch Deutschland rasenden Studienkommissionen liest, dann weiß man wirklich nicht, ob man über einen solchen Blödsinn weinen oder lachen soll. Natürlich fehlt es den Teilnehmern der Continental Trips an nichts, denn Mr. Bridge hat 20 000 Pfund Sterling (400 000 Mk.) gespendet, nur Seife muß sich jeder selbst mitbringen, denn es heißt in der Einladung zum achten Trip: . . . and it is as well to remind you that it is not the custom on the Continent to supply soap in Hotels, so do not forget to bring your own. Aber abgesehen hiervon, im übrigen, so erklärte mir ein Teilnehmer, ist es ein „very joke and jolly trip“.

Mr. Bridge hat zu diesem achten Trip nicht nur Schutzzöllner, sondern auch Freihändler aus Arbeiterkreisen eingeladen. Einige der letzteren wandten sich an ihnen namhaft gemachte Gewerkschaften zwecks Auskunft. Selbstverständlich erstreckte sich die Auskunft auch auf die Einrichtungen der Gewerkschaften. Interessant war dabei das Eingeständnis des einen Vertreters, der erklärte: „I state our German Friends of the Trade Unions are advanced us fifty years!“ Zu dieser Einsicht kommen auch andere in Deutschland in letzter Zeit gewesene Vertreter der englischen Trade Unions. Geradezu bahnbrechend nach dieser Richtung hat eine Entdeckungsreise der Arbeiterführer Barnes, Henderson, Parter, Roberts, Wardle, Shaw und Walker gewirkt, die alle ihre Beobachtungen in einer Broschüre „Life and Labour in Germany. Report of The Labour Party and Trade Union Commission on Wages, Hours of Employment, Working Conditions, and the Standard of Living“ niedergelegt haben. Mr. Wardle, der Redakteur von der „Railway Review“ hat beispielsweise, wie er auf mehreren Kongressen erklärte, die Entdeckung gemacht, daß

Linie aufzuhalten. Aber dem Rückgang der einen Verbände steht eine neue Erstarkung anderer Verbände gegenüber und als Ganzes genommen hat die schweizerische Gewerkschaftsbewegung die zerstörenden Tendenzen und Wirkungen der Krise gut überstanden und sich in der Hauptsache auf der erlangten Höhe der Entwicklung behauptet.

Die Mitgliederbewegung der 20 dem Gewerkschaftsbund angehörigen Verbände in den letzten drei Jahren war folgende:

Verbände	1909	1908	1907
Buchbinder	774	628	630
Coiffeure	212	260	250
Gemeinde- und Staatsarb.	2 500	1 813	1 701
Hilfsarb. i. graph. Gewerbe	972	1 083	1 226
Holzarbeiter	6 514	6 879	7 863
Hutarbeiter	220	220	250
Lebens- u. Genußmittelarb.	4 290	4 158	4 300
Lederarbeiter	1 315	1 204	1 641
Lithographen	660	632	571
Lokomotivheizer	2 044	2 068	1 874
Maler und Gipfer	3 046	3 166	3 068
Maurer und Handlanger	2 408	2 541	6 086
Metallarbeiter	13 149	13 821	14 571
Schneider u. Schneiderinnen	1 742	1 973	1 950
Steinarbeiter	2 073	1 774	2 226
Textilarbeiter	7 214	7 863	10 194
Transportarbeiter	1 048	1 124	1 050
Typographenbund	3 139	3 045	2 859
Uhrenarbeiter*)	11 500	13 668	13 824
Zimmerleute	1 354	1 330	1 485

Total | 66 174 | 69 250 | 77 619

Der Vergleich zeigt, daß acht Verbände wieder eine Steigerung der Mitgliederbestände gegenüber 1908 erfuhren, während sie für zwei Verbände nahezu gleich blieb und bei zehn Verbänden weiter zurückgegangen sind. Bei der Steigerung sind diesmal die Staatsarbeiter und nach ihnen die Buchbinder und die Steinarbeiter voran, während bezüglich der Reduktion die Coiffeure, die Schneider und die Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe am stärksten beteiligt sind.

Eine graphische Tabelle stellt Vergleiche an zwischen dem Stand der Gewerkschaften im vollen Prosperitätsjahr 1906 und dem Konjunkturschwundjahr 1909 und er ergibt folgendes: Es hatten 1909 einen höheren Mitgliederbestand als 1906: Maler und Gipfer um 61,8 Proz., Gemeinde- und Staatsarbeiter um 51,6, Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe 49, Buchbinder 43,8, Lithographen 26,4, Lokomotivheizer 22,1, Typographen 17,7, Lebens- und Genußmittelarbeiter 14,8, Metallarbeiter 9,5, Lederarbeiter 7,3 Proz.; einen niedrigeren Mitgliederbestand hatten: Maurer und Handlanger um 39,8, Friseur 18,4, Uhrenarbeiter 18, Textilarbeiter 17,5, Holzarbeiter 15,8, Steinarbeiter 14,3, Hutarbeiter 13,3, Zimmerleute 10,6, Schneider 2,8, Transportarbeiter 0,4 Proz.

Der Mitgliederbestand für Jahresluß 1909 steht hoch über demjenigen auf Jahresluß 1906 für die Buchbinder, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Lithographen, Typographen, Lebens- und Genußmittelarbeiter, Lokomotivheizer, Maler und Gipfer und Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe. Bei den Metallarbeitern und Lederarbeitern bleibt das Plus

*) Schätzung.

Nr. 44

unter 10 Proz. Alle übrigen Verbände sind zurückgeblieben, wobei die Schneider am wenigsten, die Maurer am stärksten.

Die Darstellung zeigt ferner, daß die Verbände der Lebens- und Genußmittelarbeiter, der Zimmerleute, der Steinarbeiter und der Lederarbeiter sich langsam wieder erholen, während bei den übrigen Verbänden der Mitgliederrückgang weiter anhält. Aus alledem ergibt sich, daß etwa 4 Verbände von den Wirkungen der letzten Wirtschaftskrise kaum berührt wurden, daß 5 andere Verbände den Tiefstand der reduzierten Mitgliederstandes bereits überwunden haben, während bei den übrigen 11 Verbänden der Mitgliederverlust zwar immer noch anhält, jedoch gegenüber dem Vorjahr ein langsameres Tempo eingeschlagen hat.

Wir glauben daher zu der Schlußfolgerung berechtigt zu sein, daß die Mitgliederbewegung unserer Gewerkschaftsverbände, die von der wirtschaftlichen Depression arg mitgenommen wurde, die Tendenz einer langsam sich bessernden Situation zeigt.

Die Einnahmen sämtlicher Verbände beliefen sich im Jahre 1909 auf 1 459 816,38 Frank gegen 1 443 860,05 Frank im Jahre 1908. Sie verteilen sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder 4254,60 Frank (1908: 5697,21 Frank), statutarische Beiträge 1 305 716,55 Frank (1 232 184,81 Frank), freiwillige und Ertragsbeiträge 43 305,44 Frank (52 264,54 Frank), sonstige Einnahmen 106 539,79 Frank (153 713,49 Frank). Die Gesamteinnahmen waren 1909 trotz der geringeren Mitgliederzahl höher als 1908 und von den einzelnen Posten sind es namentlich die statutarischen Beiträge, die um 7000 Frank höher erscheinen. Von den Verbänden hatten nur sechs (Friseur, Holzarbeiter, Maler und Gipfer, Maurer und Handlanger, Schneider und Transportarbeiter) niedrigere Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen. Gegenüber 1908 hatte nur ein Verband (Transportarbeiter) im Jahre 1909 niedrigere Beitragseinnahmen, alle anderen Verbände aber höhere, von 0,4 im Minimum bis zu 221,16 Proz. im Maximum. Diese erhebliche Erhöhung der Beitragseinnahmen hängt natürlich auch mit den in der Zwischenzeit eingetretenen Beitragserhöhungen zusammen, die für die Mitglieder größere Opfer bedeuteten und die sie bringen trotz aller Verkündungen und Schmähungen der Gewerkschaften und ihrer Leiter durch die Gegner.

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahre 1909 auf 1 163 503,97 Frank (1908: 1 324 834,93 Frank), um 160 830,96 Frank weniger als im Vorjahr und demgemäß war auch der Einnahmeüberschuß mit 296 312,41 Frank gegen 119 025,12 Frank in 1908 erheblich höher. Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben auf folgende Posten:

	1908	%	1909	%
Verwaltung	192036	14,4	202816	17,4
Agitation	42383	3,1	36566	3,1
Verbandsorgan	132016	9,9	131744	11,3
Streik- und Gemäßregelungenunterstützung	370697	27,9	174801	15,0
Rechtschutz	18711	1,4	12468	1,0
Reise-, Arbeitslosenunterstützung	77673	5,8	96945	8,3
Krankenunterstützung	342662	25,8	319038	27,4
Invaliden-, Sterbeunterstützung	63384	4,7	79827	6,8

es in Deutschland nur 57 Zentralverbände mit allerdings annähernd 2 Millionen Mitgliedern gibt, in England seien es ebensoviele organisierte Arbeiter, aber diese seien in über 1200 Verbänden zerplittert. Ferner hätten alle Gewerkschaften ein Verbandsorgan, einige sogar eigene Häuser mit Druckereien, und außerdem gäbe es eine große Zahl täglich erscheinender Zeitungen der Arbeiterpartei. In England sehe es gerade auf diesem Gebiete sehr traurig aus, die Arbeiterpartei habe auch nicht eine einzige täglich erscheinende Zeitung. Was ihnen aber besonders aufgefallen sei, das sei, daß die deutschen Arbeiter in den größten Städten Deutschlands, in den Arbeiterzentren, große schöne Gebäude errichtet hätten, in denen das ganze gewerkschaftliche und politische Leben sich konzentriere. So etwas kenne man in England nicht. In Deutschland wäre alles mehr zentralisiert denn in England. Man folge also den Deutschen auf diesem Wege, denn sie seien, wie ein anderer englischer Vertreter, an anderer Stelle dieses Berichts erwähnt, freimütig erklärte, den englischen Unions um fünfzig Jahre voraus.

Endlich beginnen unsere englischen Freunde zu begreifen. Lange genug hat es auch gedauert. Die Erkenntnis einer Reform bricht sich mehr und mehr Bahn. Der Geist Tom Manns geht um. Tom Mann ist von kurzer Zeit aus Australien nach England zurückgekehrt und hat bei seiner Ankunft in London den Trade Unionisten der alten Schule einige sehr bittere Wahrheiten gesagt. Tom Mann propagiert den „industrial unionism“ in der gleichen Weise, wie Eugene B. Debs in Amerika, der dort durch die Gründung der „Union of the industrial Workers of the World“ zum Ausdruck kam. Tom Mann ist in seinen Plänen noch kühner, fast so kühn wie die französischen revolutionären Syndikalisten, die ihn heute schon als den ihrigen reklamieren. Man denke sich einen Mann mit revolutionären syndikalistischen Anschauungen unter englischen Arbeitern, die vordem und bis in die neueste Zeit in ihrer Mehrzahl politisch indifferent und konservativ waren. Heute ist der englische Arbeiter bereits für revolutionäre syndikalistische Taten empfänglich. Die neuesten Vorgänge in der englischen Gewerkschaftsbewegung beweisen das. Trotzdem glaube ich nicht, daß in England ein Versuchsfeld für syndikalistisch-anarchistische Taten nach dem Vorbilde unserer französischen Freunde ist, ebensowenig wie in Amerika, wo die „Union of the industrial Workers of the World“ nach kurzem kampfreichen Bestehen elend verfrachtet ist. Eugene B. Debs schreibt seinem „Gesinnungs- und Revolutionsgenossen“ Tom Mann über seine Erfahrungen mit dem amerikanischen „industrial unionism“ wie folgt: „Was nun den industriellen Unionismus anbetrifft, den Sie in Ihrem Brief erwähnen, so haben wir hier, wie Sie wissen werden, eigenartige und betäubende Erfahrungen machen müssen.“ Und weiter heißt es: „Die Taktik, bereits bestehende Gewerkschaften zu vernichten, kann nur zur Schädigung des industriellen Unionismus führen, wie wir an dieser Seite des Ozeans leider durch die Praxis zu erfahren Gelegenheit hatten.“ Die Taktik und Praxis bestand nämlich in der Bekämpfung und Zerplitterung der in der American Federation of Labor vereinigten Gewerkschaften. Die dabei gemachten „eigenartigen und betäubenden Erfahrungen“ haben also eine außerordentlich heilsame Wirkung auf die industriellen Unionisten ausgeübt. Nebenbei möchte ich bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, die warmen Befürworter der „industrial Workers of the World“, die sich seinerzeit, als

Gompers in Deutschland war, in bekannter Weise in Deutschland bemerkbar machten, auf das Bekenntnis und den Brief Eugene B. Debs ganz besonders aufmerksam zu machen. Auch sie lernen noch davon, genau so wie Eugene B. Debs gelernt hat, der heute einseht, daß sie damals mit der Gründung der „Union of the industrial Workers of the World“ eine riesige Dummheit begangen hatten.

Die gleiche Dummheit wird in England nicht gemacht werden. Dort wächst sich das Bestreben des „industrial unionism“, und zweifellos ist das Bestreben, wenn auch in seinen Anfängen, vorhanden, nach der Richtung hin aus, daß eine Zentralisierung mehrerer Organisationen von Arbeitern innerhalb eines Gewerbes versucht wird. Einen solchen Versuch stellt eine am 23. und 24. September in London abgehaltene Konferenz von Vertretern verschiedener Organisationen zur Gründung einer nationalen Transportarbeiterföderation dar. Vertreten war: 1. die Dock, Wharf, Riverside and General Workers Union, 2. die National Sailors and Firemens Union, 3. Gas Workers and General Labourers Union, 4. Amalgamated Society of Watermen and Lightermen, 5. National Dock Labourers Union (Sitz Liverpool), 6. Railway Workers Union, 7. Amalgamated Stevedores Union, 8. National Amalgamated Labourers Union (Sitz Swansea), 9. Amalgamated Protective Union of Engine Drivers, 10. Labour Protection League, 11. National Unions of Ships' Stewards, Cooks, Butchers and Bakers, 12. Metropolitan Vehicular Workers Association. Diese zwölf Organisationen haben annähernd 100 000 Mitglieder, nicht alles Transportarbeiter, da sich unter ihnen auch „general labourers“ befinden. Außer diesen hier oben genannten Organisationen gibt es aber noch ein Duzend im Transportgewerbe. Eine Zentralisation bei einer solchen Zerplitterung ist also dringend geboten. Das wurde von Ben Tillet in seinem Referat mit überzeugender Notwendigkeit betont. Die Konferenz kam zu dem Resultat, nicht eine Amalgamation (Verschmelzung), wohl aber eine Föderation (lose Verbindung) der vertretenen Organisationen vorzunehmen. Zwecks Verwirklichung sollen unverzüglich Schritte unternommen werden. Die Beitragsfrage und die Wahl der Leitung der Föderation wurde bis zum 10. Oktober vertagt, an welchem Tage eine weitere Konferenz stattfinden sollte. Tom Mann hielt dann noch einen Vortrag über „industrial unionism“.

Zweifellos ist der Schritt der englischen Organisationen im Transportgewerbe zu begrüßen, handelt es sich doch vor allen Dingen darum, eine Organisation zu schaffen, die auch aktionsfähig ist, wenn es einmal zum Kampfe gegen die mächtige Shipping Federation und den ebenso mächtigen Eisenbahn-Kompagnien, die untereinander liiert sind, kommen sollte. Sollte der englische „industrial unionism“ das zustande bringen, daß eine größere Zentralisation im englischen Gewerkschaftsleben herbeigeführt wird, so könnte man mit dieser Gewerkschaftspolitik schon zufrieden sein. Tom Mann hätte mit seiner Propaganda dann den Egoismus im englischen Gewerkschaftsleben gebrochen.

Berlin.

S. Jochade.

Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Schon wieder wurde ein gerichtlicher Einhaltsbefehl erlassen, der darauf gerichtet ist, die Macht der Gewerkschaften lahmzulegen. Vor einiger Zeit traten etwa 50 000 Mantelmacher in New York in

den Auszustand, um verschiedene Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen und die Anerkennung des sogenannten „Union Shop“ zu erlangen. Pünktlich petitionierten die Unternehmer um Erlaß eines Einhaltsbefehls und pünktlich wurde diesem Wunsch entsprochen und der Einhaltsbefehl am 27. August dauernd erklärt, wobei Richter Goff, der die Entscheidung fällte, den Grundsatz aufstellte, daß jede Vereinbarung betreffend den „Union Shop“ — also die ausschließliche Beschäftigung organisierter Arbeiter in den Betrieben der Vertrag schließenden Unternehmer — und jeder Streik, der zu dem Zweck geführt wird, ungesetzlich ist. Die amerikanischen Gewerkschaften betrachten den „Union Shop“ als eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung einmal erworbener anständiger Arbeitsbedingungen. In der Begründung der Entscheidung sagt der Richter, daß der hauptsächlich Zweck des Streiks der Mantelmacher nicht die Hebung ihrer Lage sei, sondern die Verdrängung anderer Arbeiter, welche der Erwerbsmöglichkeit benommen werden sollen. Berufung gegen die Entscheidung ist seitens des Kleidermacherverbandes (United Garment Workers) bereits eingelegt worden. — Trotz des Einhaltsbefehls und des hartnäckigen Widerstandes der Unternehmer endete der Streik der Mantelschneider nach achtwöchentlicher Dauer mit einem Erfolg der Arbeiter; die Fabrikanten unterzeichneten ein Uebereinkommen, mit dem sie folgende hauptsächlichste Zugeständnisse machten: Vertragliche Regelung der Löhne und Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberzeit, Einsetzung einer Kontrollkommission für sanitäre Einrichtungen, Verbot der Heimarbeit und ausschließliche Beschäftigung organisierter Arbeiter.

Die Konkurrenzorganisation im Schuhmachergewerbe, die den Namen United Shoe Workers of America führt und von Tracey und Erlands geleitet wird, bemüht sich krampfhaft, den von der Gewerkschaftscentrale anerkannten alten Schuhmacherverband, die Boot and Shoe Workers Union (Sekretär E. L. Vaine) in Mißkredit zu bringen und seine Erfolge zu vernichten zu machen. Der Kampf der Konkurrenzgewerkschaft richtet sich besonders gegen Tarifverträge auf bestimmte Zeit und die schiedliche Austragung von Konflikten zwischen vertragsschließenden Arbeitern und Unternehmern.

Der Verband der Maler und Dekorateurs (Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers) hatte in der Zeit vom Juni 1909 bis Juni 1910 einen reinen Zuwachs von 6027 Mitgliedern zu verzeichnen, der die Verluste der Krisenperiode wieder ausgleicht.

Der Erfolg auf politischem Gebiet, den die organisierten Arbeiter in der Stadt Milwaukee erzielten, hat auch die Gewerkschaften in Chicago zum Handeln veranlaßt. Das dortige Gewerkschaftsforum hat ein Zwölferkomitee zur Beratung der Frage des Eingreifens in die Politik eingesetzt, das kürzlich seinen Bericht erstattete und die politische Betätigung empfahl. Nun bleibt noch zu entscheiden, ob die Chicagoer Gewerkschaften mit der Socialist Party gemeinsame Sache machen oder eine unabhängige Arbeiterpartei gründen werden. Um diese Entscheidung zu treffen, ist eine Urabstimmung der Mitglieder im Gange.

In New York wurde eine Arbeiterpartei gebildet, welche Federal Labor Party benannt ist und ihren Sitz in New York-Stadt, 249 East 57th Street, hat. Die in ihrem Programm enthaltenen Forderungen beziehen sich auf die soziale Reform im all-

gemeinen, und im besonderen auf die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes.

Einen nennenswerten Erfolg hat der Verband der Papierarbeiter (International Brotherhood of Paper Makers) zu verzeichnen, der im Streik gegen den Papiertrust eine Lohnerhöhung um 5 Proz. und die Anerkennung eines Schiedsverfahrens bei Arbeitsunrechtigkeiten durchsetzte.

Der Sattlerverband (United Brotherhood of Leather Workers on Horse Goods) hatte Anfangs des Jahres zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages einen Streik erklärt, da die Unternehmer sich weigerten, die diesbezügliche Forderung der Gewerkschaft zu bewilligen. Der Streik brachte zwar nicht den Achtstundentag, aber doch die fast allgemeine Einführung des Neunstundentages, was immerhin ein erheblicher Fortschritt ist, denn früher wurde teilweise noch zehn bis zwölf Stunden täglich gearbeitet. Lohnerhöhungen wurden ebenfalls zugestanden.

Der Streik des Verbandes der Stahlarbeiter gegen den Stahltrust (die United States Steel Corporation), welcher etwa 14 Monate dauerte, ist nun vom Zentralvorstand der Gewerkschaft beendet erklärt worden — und zwar kurz nachdem sich erst eine Urabstimmung der Mitglieder für die Fortsetzung des Auszustandes erklärte. Die Beteiligung an der Abstimmung war jedoch so schwach, daß der Vorstand ihr Ergebnis nicht als unbedingt bindend betrachten konnte.

Der Streik der Schiffsleute auf den kanadisch-amerikanischen Binnenseen, der ebenfalls schon über ein Jahr währt, ist zwar noch nicht für beendet erklärt worden, doch besteht keine Aussicht mehr, die Unternehmer zum Nachgeben und zur Anerkennung des Organisationsrechtes des Schiffspersonals zu veranlassen.

Im letzten Vierteljahr 1910 werden nur noch zwei Verbandstage amerikanischer Gewerkschaften abgehalten, und zwar der Verbandstag der Textilarbeiter (United Textile Workers) am 18. Oktober und den folgenden Tagen zu New York-Stadt, sowie der Verbandstag der Eisenbahn-Wagenarbeiter (International Association of Car Workers) zur gleichen Zeit in Detroit. — Die Jahresversammlung der American Federation of Labor (des Amerikanischen Arbeiterbundes) beginnt am 14. November zu St. Louis. Zu erwähnen ist, daß das Oberste Bundesgericht die Berufungsverhandlung gegen Gompers, Mitchell und Morrison so ansetzte, daß sie während der Tagung der Jahresversammlung der A. F. of L. stattfindet. Man wird doch die Arbeiter nicht glauben machen wollen, das sei Zufall! Der kanadische Gewerkschaftskongreß hielt seine 26. Tagung in der auf den 12. September d. J. fallenden Woche zu Fort William in der Provinz Ontario ab.

Kongresse.

Der 26. canadische Gewerkschaftskongreß

tagte vom 12. bis 17. September 1910 in Fort William und Port Arthur, Provinz Ontario. Anwesend waren 169 Delegierte, von denen 11 Centralverbände, 38 Gewerkschaftsartelle und die übrigen Ortsvereine vertraten. Als Gegenseitigkeitsdelegierter des Amerikanischen Arbeiterbundes nahm J. J. Manning an dem Kongreß teil. Bei der Eröffnung der Verhandlungen hielt Bürgermeister Pelletier von Fort William eine Ansprache, in

werkschaften in Verbindung trete, um den Versuch zu machen, eine gemeinsame Taktik in der Opposition gegen die Kriegsrüstungen zu erzielen. — Das Verlangen nach bundesgesetzlicher Regelung des Genossenschaftswesens wurde wiederholt. — Ein Antrag auf Schaffung einer eigenen Zeitschrift der canadischen Gewerkschaftscentrale wurde der Exekutive zur Erhebung und Berichterstattung auf den nächsten Kongress überwiesen.

Andere Organisationen.

Die polnische Gewerkschaftsvereinigung.

Unter obiger Ueberschrift erschien in Nr. 22 des „Correspondenzblatt“ eine Notiz über die Jahresabrechnung der „Polnischen Berufsvereinigung“, in welcher mehrere Ziffern viel zu hoch angegeben sind. Dieser Organisation ist dadurch eine Bedeutung zugeschrieben worden, die sie gar nicht hat, indem die Jahreseinnahme um eine halbe Million zuviel angegeben ist und dementsprechend auch die Unterstützungssätze. Ebenso will Genosse J. Kl. schon im Jahre 1908 in der „Neuen Zeit“ nachgewiesen haben, daß die Mitgliederzahl der drei polnischen Verbände „höchstens 50 000 betragen könnte“, während sie damals höchstens 25 000 Mitglieder gehabt haben mag, wenn man sie nach den gezahlten Beiträgen herausrechnete. Aus diesem Grunde, aber auch deshalb, weil unsere in der Agitation tätigen Genossen den polnischen Prahlhänsen gegenüber gewöhnlich nicht in der Lage sind, die richtige Antwort zu geben, sei nachstehend die Abrechnung und Wirtschaft in der Polnischen Berufsvereinigung sachlich dargelegt, nach ihren eigenen Angaben in Nr. 8 des „Głos Górnik“ (Bergmannsstimme). Es ist dies um so notwendiger, als man sich von jener Seite uns gegenüber in der Agitation solcher Mittel bedient, deren sich ein anständiger Mensch schämt. So z. B. berichtete vor einigen Wochen der in Weuthen D.-S. erscheinende polnische „Katolik“, der Vorsitzende der Abteilung der Hütten- und Metallarbeiter, Herr Przychyła aus Königshütte, habe in einer Versammlung erzählt, daß die polnische Organisation leistungsfähiger sei, weil sie nicht soviel sozialdemokratische Agitatoren zu ernähren habe, wie die roten Centralverbände. Herr Przychyła ist im Nebenamt der „Verfasser“ einiger Broschüren gegen die Sozialdemokratie. So weit mir dieser Mann bekannt ist, kann er solche Broschüren selbst nicht schreiben, er ist also nur der Strohmännchen der polnischen Junker, welche sich schämen, einen solchen Blödsinn zu unterstützen. Es sind Uebersetzungen der sattham bekannten Reichsverbandsbroschüren gegen die Sozialdemokratie. Mit diesen Schwindelbroschüren soll vielleicht die Mißwirtschaft im eigenen Lager verdeckt werden. Denn Mißwirtschaft ist es gewesen, die den „Verband der gegenseitigen Hilfe in D.-S.“ zugrunde gerichtet hat, dessen Lieberreife sich jetzt durch den Zusammenschluß mit dem westfälischen „Zjednoczenie“ gerettet haben. Nach der Vereinigung (am 1. Oktober 1909) ist aus diesen Trümmern die Abteilung der Metall- und Hüttenarbeiter mit dem Sitz in Königshütte gebildet worden. (Die Bergarbeiter schlossen sich ihrer Berufsabteilung mit dem Sitz in Bochum an, während die Handwerkerabteilung ihren Sitz in Posen hat.) Przychyła ist jetzt der Vorsitzende dieser Organisation, die schon im Jahre 1900 nach eigener Angabe 15 004 Mitglieder hatte. Vor der Vereinigung im Jahre 1909 hatte der Weuthener Verband

(wiederum nach eigener Angabe) nur noch 5000 Mitglieder, wovon gut 1/4 Invaliden mit ganz geringem Beitrag waren. Den Bankrott dieses Verbandes haben die politischen Zutreiber der polnischen Junker dadurch herbeigeführt, daß sie als Funktionäre des Verbandes, als Abonnentenfänger, der eine Teil für die politischen Zeitungen des Herrn Napieralski, der andere Teil für die des Abgeordneten Korfanty das Geschäft besorgten. Kassierer des Verbandes waren meist Kolporteurs der politischen Zeitungen und Generalversammlungsdelegierte. In den Generalversammlungen war gewöhnlich der Kampf um den Einfluß im Vorstand des Verbandes die Hauptsache; denn hatte der Herr Napieralski den Vorstand auf seiner Seite, dann blühte sein Zeitungsgeschäft, welches ihm die Gegenseite mit Korfanty an der Spitze mit allen Mitteln abzunehmen suchte. Korfanty warf Napieralski vor, daß er konservativ und Verhöhnungspolitiker (mit der Regierung) sei, während er die „sozialdemokratischen“ „roten“ Gewerkschaften mit noch schrofferen Waffen bekämpfte als Napieralski und damit die Geschäfte der ober-schlesischen Kapitalisten und der Junker genau wie jener besorgte. Angesichts dieses „Bruder“ Kampfes brauchte denn auch der Verband viel Beamte. In den letzten Jahren gab er mehr aus, wie er einnahm, obwohl die Mitglieder außer Sterbegeld soviel wie nichts an Unterstützungen erhielten, obwohl Herr Korfanty schon jahrelang die „Reformation“ des Verbandes durch seinen Anhang betrieb. In letzter Zeit ist es auch schon viel besser geworden, aber trotzdem hat man für Streifunterstützung 893 Mk., für Beamtengehälter 11 091 Mk. ausgegeben. Für Krankenunterstützung wurden 635 Mk., für Agitation 8035 Mk., für Umzugsunterstützung 435 Mk., für das Verbandsorgan (den Druck besorgte Herr Korfanty) 5826 Mk., für Arbeitslosenunterstützung — nichts, aber für die Filialverwalter 9233 Mk. verausgabt. Nach dem Tode gab es allerdings etwas mehr, denn man hatte auch 6692 Mk. Sterbegeld ausgezahlt.

Nachstehend möge die Gesamtabrechnung des Verbandes zur gegenseitigen Hilfe vom 1. Januar 1909 bis 1. Oktober 1909 folgen. Die Gesamteinnahme betrug 53 844,77 Mk., die Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen (genau nach dem Original):

Für Krankenunterstützung	635,40 Mk.
„ Sterbegeld	6 692,50 „
„ Streifunterstützung	893,30 „
„ Umzugsunterstützung	435,40 „
„ Druck des Verbandsorgans	5 826,43 „
„ Schreibmaterial	276,75 „
„ Gerichtslosten	9,56 „
„ Bureauumiete	606,40 „
„ Heizung und Beleuchtung	732,29 „
„ Gehälter und Rechtsschutz	11 091,41 „
„ Agitation	8 035,09 „
„ Generalversammlung	647,— „
„ Erhaltung der Hilfsbureaus	326,80 „
„ Außerordentliche Unterstützungen	195,55 „
„ Gehaltsaufschlag	738,92 „
„ Porto und Administration	453,90 „
„ Massenrepetition	30,50 „
„ Bibliothek und Möbel	443,75 „
„ Zeitungsabonnement	41,07 „
„ Zurückgezahlte Beitragsüberschüsse	83,28 „
„ Prozente der Ortsverwaltungen	9 233,30 „
„ Ärztliche Atteste für Mitglieder	32,45 „
Gesamtausgabe	47 461,05 Mk.

welcher er, der selbst seit 35 Jahren Gewerkschafter ist, den Delegierten riet, Männer in die Parlamente zu wählen, welche die Arbeiterschaft repräsentieren, da dies das beste Mittel ist, um Arbeitsgesetze zustande zu bringen. Zur selbständigen politischen Aktion forderten auch G. Hastings, Bürgermeister der Stadt Guelph, der ebenfalls Gewerkschafter ist, die Abgeordneten Verville und Studholme, sowie die früheren Abgeordneten Puttee und McNab auf.

Der Exekutiv-Ausschuß befaßte sich in seinem Jahresbericht mit der internationalen Friedensbewegung, dem Versuch des Centralparlaments, Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften zu erlassen, dem Entwurf eines Achtundengesetzes für Regierungsarbeiten, dem gewerblichen Unterrichtsweisen, den gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen, dem Zusammenwirken mit der bäuerlichen Klasse, dem Gesetz betreffend die öffentliche Kontrolle der Kombinationen zur Beschränkung der freien Konkurrenz („Trusts“), das Gewerkschaften ausdrücklich von seiner Wirksamkeit ausnimmt; den von den britischen Auswanderungsbehörden vorgeschlagenen „Reichsarbeitsvermittlungstellen“ (Imperial Labor Exchanges), gegen die der Exekutivausschuß des Gewerkschaftskongresses die Einwendung erhebt, daß sie vermutlich zu Streifbrechervermittlungen werden würden; der politischen Arbeitervertretung und der angeblich geplanten Einführung eines Zwangsschiedsgerichtswezens nach australischem Vorbild usw.

Vertreter der einzelnen Provinzialexekutiven berichteten über die Fortschritte der Arbeiterbewegung und der Gesetzgebung in den Provinzen Britisch-Kolumbien, Saskatchewan, Manitoba, Ontario, Quebec, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland. Die Organisatoren Glodding, Trotter, Watts und Boyd gaben Ueberblicke über die Erfolge ihrer Agitationsstätigkeit während des letzten Verwaltungsjahres.

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages hielt W. R. Trotter eine Rede über die „unerwünschten Einwanderer von den britischen Inseln“, die fernzuhalten der Kongreß schon lange übert, denn es handelt sich um sehr fragwürdige Leute, die keineswegs aus eigenem Antrieb nach Canada kommen, sondern von allerhand „philantropischen“ und anderen Gesellschaften (wie z. B. der Heilsarmee) geschickt werden.

Am Nachmittag sowie in der folgenden Morgensitzung wurden Resolutionen erledigt, dann erstattete der „parlamentarische Repräsentant“ des Kongresses, Rechtsanwalt O'Donoghue, seinen Bericht über die Betreibung der Arbeitsgesetzgebung im Centralparlament.

Am 15. September, als die Verhandlungen nach dem „Arbeitsstempel“ in der Stadt Port Arthur verlegt worden waren (Port William und Port Arthur liegen ganz nahe beisammen), legte Sekretär-Schatzmeister Draper die Jahresrechnung vor. Die Einnahmen betragen 8250,61 Dollar, die Ausgaben 7103,56 Dollar, das Vermögen stieg von 1231,73 auf 2378,78 Dollar. — Die Zahl der Mitglieder, für welche an den Gewerkschaftskongreß Beiträge gezahlt wurden, nahm bedeutend zu. Es wurden Beiträge entrichtet: 1901 für 8381 Mitglieder, 1902 für 13 465, 1903 für 16 108, 1904 für 22 010, 1905 für 22 004, 1906 für 27 676, 1907 für 32 295, 1908 für 40 728, 1909 für 36 071 und 1910 für 51 000 Mitglieder. Doch sind in Canada mehr als 51 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, da manche Orts-

vereine nur durch die Gewerkschaftskartelle (nicht direkt) dem Kongreß angeschlossen sind und andere noch ganz fernstehen. Von den „Hauptquartieren“ aus entrichten 30 internationale Verbände und ein canadischer Verband die Steuer an den Kongreß. — Gewerkschaftskartelle, die dem Kongreß angehören, bestehen in 39 Orten, und zwar in Berlin, Brandon, Brantford, Brockville, Calgary, Edmonton, Fernie, Fort William, Galt, Guelph, Halifax, Hamilton, Kingston, Lethbridge, London, Medicine Hat, Moosejaw, Moncton, Montreal, Neu-Westminster, Ottawa, Peterborough, Port Arthur, Quebec und Lewis, Regina, Revelstoke, Saskatoon, Sherbrooke, Stratford, Sudbney, St. Catharines, St. Jean, St. John, St. Thomas, Toronto, Vancouver, Victoria, Windsor, Winnipeg.

Nach dem Bericht des Sekretär-Schatzmeisters wurde mit der Erledigung der Resolutionen fortgefahren. Gegenseitigkeitsdelegierter Manning hielt eine Rede, die hauptsächlich die jüngsten Ereignisse in der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten betraf. — Am Nachmittag des vierten Verhandlungstages wurden nur die Wahlen des Centralausschusses und der Provinzialausschüsse vorgenommen. Die Centralexekution besteht aus William Glodding (Toronto), Präsident; Gustave Franca (Montreal), Vizepräsident; W. R. Draper (Ottawa), Sekretär-Schatzmeister. Als Ort des nächsten Kongresses wurde die Stadt Calgary in der Provinz Alberta bestimmt.

Am Morgen des fünften Tages erstattete der Ausschuß zur Vorberathung der Berichte der Funktionäre seine Empfehlungen; die meisten Vorschläge des Exekutivausschusses wurden unverändert, die anderen mit kleinen Aenderungen angenommen. Der Bericht des Einwanderungsausschusses fand ebenfalls die Zustimmung des Kongresses. Nachmittags und in der Sitzung am 17. September erledigte der Kongreß die noch vorliegenden Resolutionen.

Zur Verhinderung der chinesischen Einwanderung wurde eine Erhöhung der Kopfsteuer von 500 auf 1000 Dollar gefordert, da die Abgabe von 500 Dollar sich noch immer nicht als wirksame Schranke gegen die andrängenden chinesischen Kulis erweist. — Gegen die Versuche, den canadischen Gewerkschaftskongreß auf eine Stufe mit den Staatsregierungen der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten zu stellen, ihm also eine ganz beschränkte Machtvollkommenheit zuzuweisen, wurde Protest erhoben und erklärt, daß der Kongreß die oberste gewerkschaftliche Autorität in Canada und keine anderen Körperschaft untergeordnet ist. — Die von vorhergegangenen Kongressen gefaßten Resolutionen betreffend die politische Aktion wurden wieder bestätigt. — Ein Beschluß fordert Gesetze, welche die Ueberführung der dem öffentlichen Wohlbienenden Betriebe — trotz etwa bestehender Vorrechte privater Unternehmer — in den Gemeinbesitz ermöglichen. — Ein anderer Beschluß befürwortet ein Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 16 Jahren. — Der Antrag, daß der Kongreß die Zwistigkeiten, die bei politischen Wahlen zwischen Gewerkschaftern und Sozialisten zutage treten, verurteile und die Provinzialexekutiven auffordere, Wege zu finden, um zu einem Einverständnis zu kommen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der Kongreß nicht zuständig ist, einen solchen Beschluß zu fassen. — Eine Resolution verlangt von der Exekutive des Kongresses, daß sie mit allen nationalen und internationalen Centralen der Ge-

Also — da haben wir die polnische Mutterwirtschaft! Bei 47 000 Mk. Ausgabe hat man den lebenden Mitgliedern ganze 1996 Mk. an Unterstützungen ausgezahlt. Herr Przhbylla hat sich ins eigene Fleisch geschnitten, als er von den „roten Agitatoren“ sprach, welche von den Centralverbänden ernährt werden müssen. Eine solche Wirtschaft mit Arbeitergrofchen findet man wohl in keiner Arbeiterorganisation der ganzen Welt. In den Centralverbänden ist solche Wirtschaft jedenfalls unmöglich und unsere Mitglieder würden Beamte, die mit ihren Groschen so wirtschaften wie die Kollegen des Herrn Przhbylla, bei nächster Gelegenheit zum Teufel jagen. Bei 8689 Mk. Unterstützungen 38 772 Mk. für Agitation und Verwaltung auszugeben — das ist fast nicht möglich, aber früher war es noch schlimmer. Unsere Vertrauensleute mögen sich die obigen Ziffern gut aufbewahren, damit sie den Zutreibern der polnischen Junker genügend heimleuchten können, wenn irgendwo so ein Prahlhans die „roten Verbändler“ der Mikrowirtschaft bezichtigt oder mit seinen „größerer Leistungen“ uns die polnischen Kollegen abzutreiben versucht. Die Leute freifen nämlich jetzt nicht nur in Westpreußen, Posen, Oberschlesien und Westfalen — nein — man findet sie auch in Mannheim, Köln, Bremen, Berlin und fast überall in Deutschland, wo polnische Arbeiter oder Handwerker wohnen. Ueberall wird von ihnen die Zersplitterung in die Arbeiterbewegung hineingetragen. Wenn in der Agitation die „Religionsfeindlichkeit der „roten“ Verbändler“ nicht zieht, dann kommt man mit den niedrigeren Beiträgen und „höheren Unterstützungsätzen“. Dabei wird auch gesagt, daß „wir Polen nur den Deutschen als Stimmvieh bei den Wahlen und als Ausbeutungsobjekte betrachtet und „getreten“ würden“. So z. B. jetzt in einem Flugblatt anlässlich der Anpartschaftswahlen im Ruhrrevier. Ständig klagt man über Zurücksetzung der polnischen Arbeiter; werden aber intelligente polnische Kameraden von den Centralverbänden zu Arbeitervertretungen gewählt, so werden diese dann nur als Köder und als Verräter der polnischen Nation bezeichnet. So schreibt wörtlich ein K. R. aus Raugel i. W. in der Nr. 188 des „Wiarus Polski“ in Bochum.

Die Polnische Berufsvereinigung (alle drei Abteilungen) zählt trotz alledem nicht mehr als circa 35 000 Mitglieder (nicht 50 000, wie J. Kl. schreibt). Bei der Vereinigungsgeneralversammlung im Juni 1909 wurden 55 000 angegeben. Nach den gezahlten Beiträgen habe ich ihnen aber circa 30 000 vorgerechnet; deshalb hat man jetzt am Jahreschluss überhaupt keine Angaben darüber gemacht, auch sonst nicht in der Zeitung. Es steht aber ohne Zweifel fest, daß in den freien Gewerkschaften mehr polnische Kollegen organisiert sind als in der ganzen Polnischen Berufsvereinigung. Im Bergarbeiterverband allein ist mindestens der fünfte Teil der Mitglieder Polen. Im Ruhrrevier haben wir in fast allen Zahlstellen polnische Kollegen; in vielen ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und sogar bis zur Hälfte der Mitgliedschaft. In Oberschlesien sind etwa 3½ Tausend Mitglieder Polen. Deshalb ist es lediglich eine Phrase, wenn die Matadore der Polnischen Berufsvereinigung behaupten: die Polen gehören alle zu ihnen.

Die Abrechnung sämtlicher Abteilungen der Polnischen Berufsvereinigung für das vergangene Jahr ist in fünf Einzelbilanzen dargestellt. Bis zum

1. Oktober rechnet der obengesehilderte „Verband zur gegenseitigen Hilfe“ besonders und die westfälische „Vereinigung“, welcher der Posener Verband schon seit 1. Januar 1909 angeschlossen war, auch besonders ab. Vom Oktober sind die drei Verbände vereinigt und nach Fachabteilungen getrennt. Nach diesem stellt sich die Abrechnung wie folgt:

	Einnahme Mk.	Ausgabe Mk.	Ueberschuß Mk.
1. Der westfäl. Verband vom 1. 1. bis 1. 10. 1909	272 095,23	213 779,24	58 315,99
2. Der D.-S. Verband z. gegenf. Hilfe vom 1. 1. bis 1. 10. 1909	53 844,77	47 461,05	6 383,72
3. Die Fachabteilung der Bergarbeiter v. 1. 10. b. 31. 12. 1909	89 245,68	47 866,05	41 379,63
4. Die Fachabteil. der Hüttenarbeiter vom 1. 10. b. 31. 12. 1909	21 894,64	20 374,21	1 520,43
5. Die Fachabteilung der Handwerker v. 1. 10. b. 31. 12. 1909	16 711,33	12 169,50	4 541,83
6. Des Centralvorstandes Ausgaben vom 1. 10. 1909	—	18 963,86	—
Zusammen	456 643,15	360 613,91	96 029,24

Ich habe die Einzelpositionen der Einnahmen und Ausgaben der Kürze halber nicht aufgeführt, da diese in einer siebenten Tabelle aus allen vorhergehenden Tabellen im einzelnen zusammengefaßt sind und später folgen. Die Schlusssummen jeder Tabelle sind genau wiedergegeben. Ein Fehler ist, daß bei 1. und 2. der Vermögensbestand aus vorigem Jahre in der Einnahme sowie die Zinsen des Kapitals nicht verzeichnet stehen. Auch in der Zusammenstellung und beim Abschluß jeder einzelnen Position der obigen zwei ist dieses nicht angegeben. Ein zweiter Fehler besteht darin, daß in der Zusammenstellung der Polnischen Berufsvereinigung bei der Einnahme 2851,50 Mk. zuviel angegeben und seit dem 20. April noch nicht richtig gestellt worden sind. Die sechs Ausgabenposten stimmen; dagegen die Ueberschüsse, wie sie oben in jeder Abteilung angegeben sind, stimmen unten bei der Zusammenstellung nicht. Anstatt 96 029,24 Mk. Gesamtüberschuß im Jahre 1909 sollte herauskommen 93 177,74 Mk. Davon wäre abzuziehen der im westfälischen Verband aus dem Vorjahre in der Hauptkasse verbliebene Kassenbestand in Höhe von 1804,64 Mk., dann wäre der Reinüberschuß im Jahre 1909 — 91 373,10 Mk. oder 4656,14 Mk. weniger angegeben. Es ist doch unglaublich, daß der Hauptkassierer eine Summe von 4656,14 Mk. aus seiner Tasche zugelegt haben sollte. Andererseits ist auch nicht ersichtlich, warum die 5 Einzelbilanzen und die Ausgaben des Centralvorstandes eine andere Schlusssumme ergeben, wenn sie unten alle zusammengestellt werden. Warum die Kapitalzinsen in der Einnahme nicht aufgeführt sind, ist auch nicht zu verstehen. Auf eine persönliche Anfrage darüber erklärte mir der Hauptkassierer, Herr Wiczorek, daß er die Sache jetzt auch nicht aufklären könne, daß er aber die Zusammenstellung mit dem gleichfalls anwesenden Vorsitzenden der Polnischen Gewerkschaftscentrale, Herrn Sojinski, gemacht habe. Letzterer hörte sich unsere diesbezügliche Unterhaltung an, nahm aber keine Veranlassung, ein Wort dazu zu sagen, obwohl ich erklärte, daß ich die Auskunft zwecks Be-

richterstattung für unsere Presse brauche. Die ganze Sache ist also sehr rätselhaft und unklar. So erschien sie auch den Delegierten der Polnischen Berufsvereinigung auf einer Konferenz in Banne, denn der „Wiarus Polski“ berichtete darüber ziemlich diskret, daß die Delegierten die Art der Veröffentlichung mißbilligten und eine andere klarere Form wünschten. Bis heute ist aber dieses nicht geschehen, obwohl schon seit der Zeit mehrere Wochen verfloßen sind. Ob Herr Sofinski dazu keine Zeit hat? Er findet doch sonst Zeit, um gegen die „Roten“ Broschüren zu schreiben, und zwar auch solche Broschüren, die mit der Gewerkschaftsbewegung absolut nichts zu tun haben. Eine davon über „die Bestrebungen der Sozialdemokratie“, als Agitations- und Bildungsmaterial für die Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung bestimmt, enthält schlimmere Verleumdungen der Sozialdemokratie als die Reichsverbandsbroschüren. Natürlich haben die Sozialdemokraten nur das Ziel, das durch Arbeit erworbene Eigentum den Menschen abzunehmen, zu verprassen, die ganze Menschheit in eine Knechtschaft zu bringen, welche schlimmer als die Hölle sein würde! Den Anfang dazu hätten sie in Spanien gemacht, wo sie Mönche und Nonnen gemordet, Kirchen und Klöster ausgeraubt, geplündert und verbrannt hätten. Selbst wollten sie sich nur bereichern, wie Singer und Bebel bewiesen. Beide seien Millionäre. Obwohl Bebel früher ein armer Handwerker war, sei er doch jetzt Millionär und denke natürlich nicht ans Teilen.“ So wird selbst der alte Bebel — der von Freund und Feind hochgeachtet ist, von diesem Junkerrecht in solcher Weise verleumdet. . . . Für diese Broschüre lehnen sogar die Kollegen des Herrn Sofinski die Verantwortung ab, indem sie sich darauf berufen, daß nicht der Vorstand, sondern Sofinski persönlich die Broschüre unterschrieben hat — aber sie wird doch in den Mitgliederversammlungen der Polnischen Berufsvereinigungen als „Bildungsstoff“ verlesen. Dafür ist auch Sofinski von den polnischen Junkern belohnt worden. Er ist von der konservativ-polnischen Richtung bei der Nachwahl in Posen als Reichstagskandidat aufgestellt worden gegen seinen Kollegen von der Polnischen Berufsvereinigung Vorsitzenden der Handwerkerabteilung), Herrn Nowicki, welcher von den polnischen Demokraten aufgestellt und gewählt worden ist.

So sieht also die Centrale der P. B. V. aus. Vielleicht werden die Herren jetzt Veranlassung nehmen, ihre Abrechnung so zu veröffentlichen, daß sie auch stimmt.

Nachfolgend wollen wir die Einnahmen und Ausgaben für das ganze Jahr und alle drei Abteilungen zusammengefaßt darstellen.

Einnahme:

Kassenbestand aus dem Vorjahre . . .	1 804,64	Mt.
Beiträge der tätigen Mitglieder . . .	440 207,32	"
Beiträge der untätigen Mitglieder . . .	79,80	"
Eintrittsgelder . . .	5 763,85	"
Inserate . . .	339,92	"
Expedition der Anweisungen (?) . . .	184,—	"
Zurückgezahlte Vorschüsse . . .	411,—	"
Freiwillige und Radbodsammlungen . . .	3 960,60	"
Miete für Versammlungsaal . . .	543,40	"
Streifbeiträge . . .	673,70	"
Zurückgezahlte Gerichtskosten . . .	29,20	"

Zurückgezahlte Rechtsschutzkosten . . .	10,—	Mt.
Verchiedene kleine Einnahmen . . .	50,50	"
Telephon . . .	0,30	"
Zinsen von den Vorkäufen . . .	29,93	"
Zurückgezahlte Vorkäufe auf Depo-		
sitentbücher . . .	2 284,50	"
Broschüren . . .	50,75	"
Nachgezahlte Beitragsrückstände . . .	30,70	"
Privatabonnenten . . .	189,04	"
Gesamt-Einnahme . . .	456 643,15	Mt.

Ausgabe:

1. Krankenunterstützung . . .	94 034,37	Mt.
2. Sterbegeld . . .	21 534,50	"
3. Streifunterstützung . . .	20 681,65	"
4. Arbeitslosenunterstützung . . .	19 472,10	"
5. Reise- und Umzugsunterstützung . . .	4 816,10	"
6. Rechtsschutz und Sekretariate . . .	18 351,61	"
7. Druck der Verbandsorgane . . .	21 021,28	"
8. Agitationsdruckfachen . . .	1 864,07	"
9. Verwaltungsdruckfachen . . .	9 708,51	"
10. Agitation . . .	19 238,80	"
11. Gehälter d. Verwaltungsbeamten . . .	26 002,07	"
12. Bureauhilfe . . .	314,50	"
13. Filialausgaben (?) . . .	3 876,58	"
14. Konferenzen und Sitzungen . . .	3 485,78	"
15. Gerichtskosten . . .	2 882,02	"
16. Generalversammlung . . .	8 475,50	"
17. Bibliothek und Geräte . . .	4 110,52	"
18. Porto und Expedition . . .	4 189,71	"
19. Miete, Feuerung, Heizung des		
Hauptbureaus . . .	4 265,04	"
20. Erhaltung der Hilfsbureaus . . .	1 315,30	"
21. Schreibmaterialien . . .	1 171,75	"
22. Zeitungsabonnement . . .	293,58	"
23. Altersversicherung . . .	127,18	"
24. Zurückgez. Beitragsüberschüsse . . .	106,74	"
25. Internation. Bergarbeiterkongreß . . .	512,—	"
26. Kleine Bureauausgaben . . .	50,81	"
27. Kassenrevisionen . . .	522,75	"
28. Telephon und Kleinausgaben . . .	254,26	"
29. Außerordentliche Unterstützungen . . .	514,25	"
30. Kanalisationsgeb. u. Feuerversch. . .	202,51	"
31. Beitragsmarkendruck . . .	279,93	"
32. Ärztliche Untersuchungen . . .	197,50	"
33. Entschädigung der Akquisiteure . . .	1 372,85	"
34. Rentenzuschuß . . .	738,92	"
35. Frachten . . .	20,64	"
36. Entschädigung der Ortsverwalt. . .	62 942,16	"
37. Zurückgez. Depositenüberschüsse . . .	221,32	"
38. Vorkäufe auf Depositenbücher . . .	1 420,—	"
39. Defizit der Zahlstellen Zwowel		
und Kafel . . .	24,45	"
Gesamt-Ausgabe . . .	360 613,91	Mt.

Um nun das Märchen von den höheren Leistungen und der billigeren Wirtschaftsweise in der P. B. V. ein für allemal gründlich aus der Welt zu schaffen, will ich nachstehend einige Vergleiche mit den Centralverbänden anführen. Prüfen wir die Leistungen an den von den Mitgliedern gezahlten Beiträgen und Eintrittsgeldern, welche zusammen getragen

in den Centralverbänden . . .	47 900 556	Mt.
in der Polnischen Berufsvereinigung . . .	446 051	"

Demnach sind die Centralverbände 107mal so stark als diese Zerplittererguppen. Was die Unterstützungen anlangt, so hat man in der P. B. V. des Gimpelanges halber die Krankenunterstützung besonders hoch beschloßen. Diese beträgt bei den Centralverbänden 8 896 354 Mt. oder 18,57

Prozent, bei der P. V. B. 94 034 Mk. oder 21,08 Prozent.

Reise- und Umzugsunterstützung zahlten die

Centralverbände . . . 1 407 060 Mk. = 2,95 Proz.
Poln. Berufsvereinigung 4 816 " = 1,08

Die Centralverbände zahlten also 292mal so viel.

An Arbeitslosen- und Gemäßregelungen-Unterstützung zahlten die

Centralverbände . . . 9 668 612 Mk. = 20,18 Proz.
Poln. Berufsvereinigung 19 472 " = 4,36

Die Centralverbände zahlten also 496mal so viel.

An Streifunterstützung zahlten die

Centralverbände . . . 6 904 431 Mk. = 14,42 Proz.
Poln. Berufsvereinigung 20 681 " = 4,64

Also auch für diesen Kampfeszwang zahlten die freien Verbände 333mal so viel als die P. V. B.

Für alle Unterstützungen und Rechtsschützungen gaben die

Centralverbände . . . 29 093 561 Mk. = 60,73 Proz.
Poln. Berufsvereinigung 179 602 " = 40,27

Im ganzen zahlten wir den Mitgliedern 162mal mehr als die P. V. B.

Die Zeitung müssen die Mitglieder der P. V. B. mehr wie 4mal so teuer bezahlen als in den Centralverbänden, denn die drei polnischen Organe erscheinen alle 14 Tage je vierseitig, während die meisten Centralverbandsmitglieder eine achtseitige Zeitung jede Woche erhalten. Die Ausgaben dafür betragen aber

in den Centralverbänden 2001 487 Mk. oder 4,18 Proz.
in der Poln. Berufsverein. 21 021 " " 4,71

Die Orts- und Bezirksverwaltung kostet in unseren Verbänden 13,41 Proz., in der P. V. B. 14,11 Proz. der Einnahme. Für Bildungsmittel, Unterrichtskurse, Statistiken und Stellenvermittlung gibt die P. V. B. gar nichts aus, aber trotzdem ist der Prozentsatz der Ausgaben für Verwaltung, Agitation und alle anderen Zwecke (außer den Unterstützungen) viel höher, als in den freien Gewerkschaften; sie betragen nämlich bei den Centralverbänden 17 170 470 Mk. oder 35,84 Proz. der Poln. Berufsverein. 181 009 " " 40,57

Was endlich die persönlichen Verwaltungskosten anlangt, also die Beamtengehälter, so betragen diese prozentual bei der P. V. B. mehr wie dreimal so viel als in den Centralverbänden, welche für diesen Zweck 931 387 Mk. oder 1,94 Proz. aufwenden, während die P. V. B. dafür 28 428 Mk. oder 6,37 Proz. ausgegeben hat. Wenn wir nun in dem Jargon des Herrn Przychyła reden wollen, dann können wir begründet sagen: in den freien Gewerkschaften ist eine viel billigere Wirtschaftsweise, weil wir keine Handlanger des polnischen Junkertums auszuhalten haben. Denn Schwindelbroschüren zu schreiben gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und dazu das Geld der Arbeiter zu verwenden, das ist eine Tätigkeit für die Kapitalisten und Junker — gegen die Arbeiter, und das haben die Herren Sosinski und Przychyła getan. In den freien Gewerkschaften ist ein solches arbeitergefährdendes Treiben vollständig ausgeschlossen, deshalb werden auch unsere Vertrauensleute und Mitglieder die polnischen Arbeitskollegen überall in Deutschland dahin aufklären, daß sie nur mit uns, in den freien Gewerk-

schaften, sich eine bessere Zukunft erkämpfen können.

Als Gesamtvermögen wird die Summe von 572 398,67 Mk. am Jahreschluß 1909 angegeben, wovon 14 450 Mk. Wert für Inventar und Bibliotheken verzeichnet sind. Bei der Verschmelzungsgeneralversammlung im vorigen Jahre wurde das Gesamtvermögen auf 470 778,71 Mk. angegeben. Demnach wäre ein Vermögenszuwachs von 101 619,98 Mark zu verzeichnen, während es nach meiner Berechnung 109 683,45 Mk. betragen müßte, wenn die Zinsen von 18 310,35 Mk., wie in der Vermögenszusammenstellung angegeben (in der Einnahme aber nicht verzeichnet), noch hinzugerechnet werden. Nach ihrer eigenen Schlußberechnung (mit der oben angeführten rätselhaften Mehreinnahme von 4656,14 Mk.) müßte der Ueberschuß gar noch um diese Summe mehr betragen. Danach scheint mir das Verlangen der Delegierten der P. V. B. nach einer anderen Abrechnung vollauf begründet. Um so rätselhafter ist es aber, warum das bisher noch nicht geschehen ist.

Auf die Dauer werden sich wohl auch die polnischen Arbeiter eine solche Wirtschaftsweise nicht gefallen lassen und sie werden einsehen, daß sie mit uns vereint kämpfen müssen für eine bessere Zukunft des Arbeiterstandes.

Josef Adametz-Vochum.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Oktober 1910 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Bauhilfsarbeiter für 1. und 2. Quartal 1910	4 240,— Mk.
" " Fabrikarbeiter für 1. und 2. Quartal 1910	10 740,— "
" " Sutarbeiter f. 1. u. 2. Qu. 1910	574,— "
" " Maschinisten u. Heizer für 1. und 2. Quartal 1910	1 475,80 "
" " Bildhauer f. 2. Quart. 1910	133,20 "
" " Glaser für 2. Quartal 1910	136,48 "
" " Handlungsgehilfen f. 2. Qu. 1910	393,30 "
" " Maurer f. 2. Qu. 1910	7 998,50 "
" " Zimmerer für 2., 3. und 4. Quartal 1910	6 000,— "

An Unterstützungsgebern für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen ein in der Zeit vom 2. bis 31. Oktober 1910:

Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bergarbeiter: Bezirk Vochum 283,65, Bezirk Linden (Ruhr) 426,30 Mk.

Von den Gewerkschaftskartellen:

Magdeburg 300,—, Stadthagen 189,—, Wedel i. Holst. 36,50, Dirschfelde i. Sa. 26,10, Eckernförde 65,05, Wittenberge 50,—, Salzuflen 9,75, Kiel 2000,—, Liegnitz 30,55, Plauen i. Vogtl. 524,15, Zwickau i. Sa. 850,—, Sprendlingen b. Frankfurt a. M. 90,—, Hamm i. Westf. 110,50, Hamburg 4500,— Mk. Bereits quittiert 1 213 916,52 Mk. In Summa 1 223 408,07 Mk.

Berlin, den 2. November 1910.

Hermann Kube.